



Polizeiinspektion
Rotenburg

2023

SICHERHEITSBERICHT



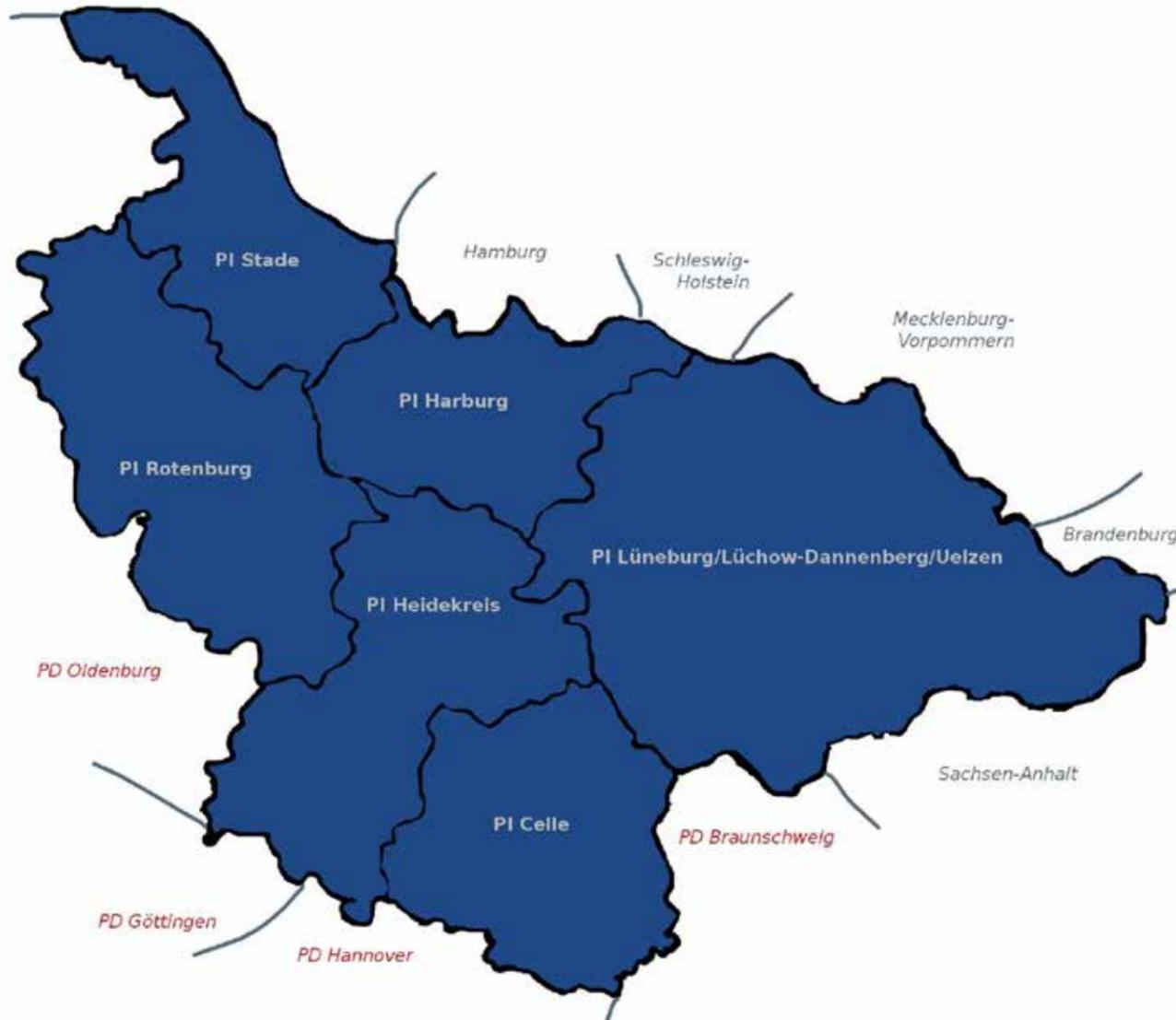
Wümme



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



SICHERHEITSBERICHT

2023



VORWORT DES POLIZEIPRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie mit diesem Schreiben den zweiten Sicherheitsbericht der Polizeidirektion Lüneburg in Ihren Händen halten.

Ich bin überzeugt, dass die folgende Lektüre Ihnen spannende Einblicke und informative Beiträge rund um die Sicherheit in Ihrer Region vermittelt und auch einige neue Einblicke in die Arbeit Ihrer Polizei für Sie bereithält.

Die Wahrung der Inneren Sicherheit unseres Landes ist die ureigene Aufgabe der Exekutive.

Um den Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie staatlicher Institutionen gerecht zu werden, leistet die Polizei sowohl durch präventive als auch repressive Arbeit einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Um in Freiheit leben zu können, muss man sich sicher fühlen. Freiheit, das wird mit Blick auf das aktuelle Weltgeschehen einmal mehr deutlich, ist ein unschätzbare Gut.

Doch obwohl es sich in Deutschland objektiv messbar sicher leben lässt und die Polizei als Garantin für die Innere Sicherheit sowohl ein hohes Ansehen als auch das Vertrauen der Bevölkerung genießt, nehmen Bürgerinnen und Bürger diese Sicherheit im Einzelnen nicht zwingend wahr. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher sprechen hier vom sogenannten Sicherheitswahrnehmungsparadox.

Mir persönlich ist es, auch im Namen aller Mitarbeitenden der Polizeidirektion Lüneburg, ein hohes Anliegen, objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl in Einklang zu bringen.

Es ist Realität, dass die Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb der Zuständigkeit unserer Direktion sicher leben können.

Der vorliegende Sicherheitsbericht soll ein Instrument sein, neben der Darstellung der Vielfalt polizeilicher Aufgaben, einen Beitrag zur Steigerung des Sicherheitsgefühls zu leisten und offen über Präventionsmaßnahmen, Kriminalitätsschwerpunkte und staatliches Handeln zu berichten.

Die geografischen Gegebenheiten der Polizeidirektion Lüneburg, ein vorwiegend ländliches Gebiet mit urbanen Einflüssen, machen unseren Einsatzraum zu etwas ganz Besonderem. So unterschiedlich wie die Sicherheitsarbeit in ländlichen und städtischen Bereichen sind es auch die Erwartungen der Menschen an die Institution Polizei.

Daher ist unser Sicherheitsbericht auf die einzelnen Landkreise spezialisiert, um den individuellen Umständen Rechnung zu tragen.

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude beim Lesen und interessante Einblicke in die Polizeiarbeit Ihrer Region!

Ihr

Thomas Ring

Polizeipräsident der Polizeidirektion Lüneburg





VORWORT DES INSPEKTIONSLEITERS

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Ihnen die zweite Ausgabe des Sicherheitsberichts der Polizeiinspektion Rotenburg in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Lüneburg präsentieren zu können. Mit diesem Bericht möchten wir Ihnen erneut einen Einblick in die Arbeit Ihrer Polizei im Landkreis Rotenburg (Wümme) ermöglichen.

Im letzten Bericht waren die Auswirkungen der Ausbreitung des Corona-Virus und der daraus resultierenden gefahrenabwehrenden Maßnahmen prägend. Das ist nun nicht mehr handlungsleitend, wenngleich wir dadurch und durch weitere andauernde Krisen meines Erachtens eine Gesellschaftsveränderung feststellen können.

Wie gehabt, wollen wir uns in dieser Ausgabe auch wieder mit der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) aus dem Jahr 2023 befassen und Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Alle Bewohnerinnen und Bewohner unseres schönen Landkreises nehmen ihre individuelle Umgebung und damit auch ihre persönliche Sicherheit natürlich subjektiv und ganz unterschiedlich wahr.

Rein faktisch haben die Straftaten im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Im Bereich der Diebstahlsdelikte und u.a. der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind teilweise zwar Zuwächse der Aufklärungsquote zu verzeichnen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir stärkere Anstiege in den festgestellten Fallzahlen hatten. Diese ließen sich weiterhin bei den sogenannten Rohheitsdelikten und auch bei der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten resümieren.

Im Jahr 2023 kam es in der Polizeiinspektion Rotenburg weiterhin zu vermehrten Straftaten gegen, aber auch durch Flüchtlinge bzw. nichtdeutsche Tatverdächtige. Hier werden wir genaue Ursachenanalyse betreiben müssen.

Ein oft benannter Indikator für „objektive Sicherheit“ ist die Häufigkeitskennzahl von festgestellten Straftaten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Zuständigkeitsbereich. Im Landkreis Rotenburg beträgt diese Zahl im aktuellen Berichtsjahr 6.212 und liegt somit erfreulicherweise weiterhin unter dem direktions- und niedersachsenweiten Wert.

Jede Behörde hat ihre individuelle Aufgabenzuweisung und Kompetenz. Da erscheint es naheliegend, diese besonderen

Fähigkeiten, Befugnisse und Kenntnisse im rechtlich zulässigen Rahmen zu bündeln, um einerseits einen besseren Überblick, andererseits aber auch bessere Instrumentarien und Vorgehensweisen zu erarbeiten.

So wird die Sicherheitspartnerschaft zur Verhinderung von Gefahren und Straftaten durch Clankriminalität im Bereich des Landkreises Rotenburg von allen mitwirkenden Behörden und Institutionen im Landkreis tatsächlich gelebt und nicht nur beschworen. Kriminelle Clans beeinflussen das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ohne Frage ganz massiv. Daher ist es natürlich weiterhin erforderlich, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um diesem Kriminalitätsphänomen wirkungsvoll begegnen zu können. Hierzu trägt unsere Sicherheitspartnerschaft bei.

Sie erhalten mit diesem Bericht vielfältige Informationen u.a. über die polizeiliche Organisation auf Ebene der Polizeidirektion Lüneburg und in unserer Polizeiinspektion sowie aus dem Bereich der Kriminalprävention.

In unserem wunderschönen Landkreis lässt es sich auch weiterhin gut und sicher leben! Straftatenschwankungen hat es immer gegeben und wird es auch weiterhin geben. Wir müssen Veränderungen in Quantität und Qualität erkennen und adäquat damit umgehen.

Ich verspreche Ihnen, dass ein Blättern in den folgenden Seiten kurzweilig ist und sich für Sie ganz bestimmt lohnen wird.

Vielen Dank für Ihr Interesse und viel Spaß beim Lesen.

Herzlichst

Ihr 

Jörg Wesemann
Leiter der Polizeiinspektion Rotenburg



INHALT

Polizeidirektion (PD) Lüneburg

Organisation

Die Organisation im Überblick Seite 7

Die PD Lüneburg in Zahlen Seite 9

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PD Lüneburg Seite 13

Diversität in der PD Lüneburg Seite 17

Tag der Vielfalt in der PD Lüneburg Seite 18

Polizeischutz für die Demokratie in der PD Lüneburg Seite 20

Nachwuchsgewinnung

Wege zur Polizei Seite 22

Das Auswahlverfahren Seite 24

Mein Weg zur Polizei – Erfahrungsbericht eines Fachoberschülers Seite 26

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) der PD Lüneburg Seite 29

Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie Seite 34

Prävention in der PD Lüneburg Seite 35

Sachgebiet Cold Case der PD Lüneburg Seite 40

Bundesweite Fachtagung Sachgebiet Cold Case Seite 41

Politisch motivierte Kriminalität Seite 42

Einsatz

Die Abteilung Leine DORA der PD Lüneburg Seite 48

Die Diensthundführer der PD Lüneburg Seite 49

Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) Seite 53

Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2023 für die PD Lüneburg Seite 55

Regionale Kontrollgruppe der PD Lüneburg Seite 58

Cannabis am Steuer Seite 61

Technik

NIMes Seite 63

E-Akte in der Polizei Seite 64

Einsatzunterstützung aus der Luft Seite 65

Polizeiinspektion (PI) Rotenburg

Organisation

Die Dienststellen der PI Rotenburg Seite 10

Die PI Rotenburg im Überblick Seite 12

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PI Rotenburg Seite 14

Polizeischutz für die Demokratie in der PI Rotenburg Seite 19

Nachwuchsgewinnung

Nachwuchsgewinnung in der PI Rotenburg Seite 23

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der PI Rotenburg Seite 32

Das Präventionsteam der PI Rotenburg Seite 37

Umzug des Polizeikommissariats Zeven Seite 44

Neues bzw. altes Dienstgebäude für den Zentralen Kriminaldienst der PI Rotenburg Seite 46

Einsatz

Das Hurricane-Festival in Scheeßel Seite 50

Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2023 für die PI Rotenburg Seite 56

Aktionstag zum 200. Fernfahrerstammtisch Seite 60



DIE ORGANISATION IM ÜBERBLICK

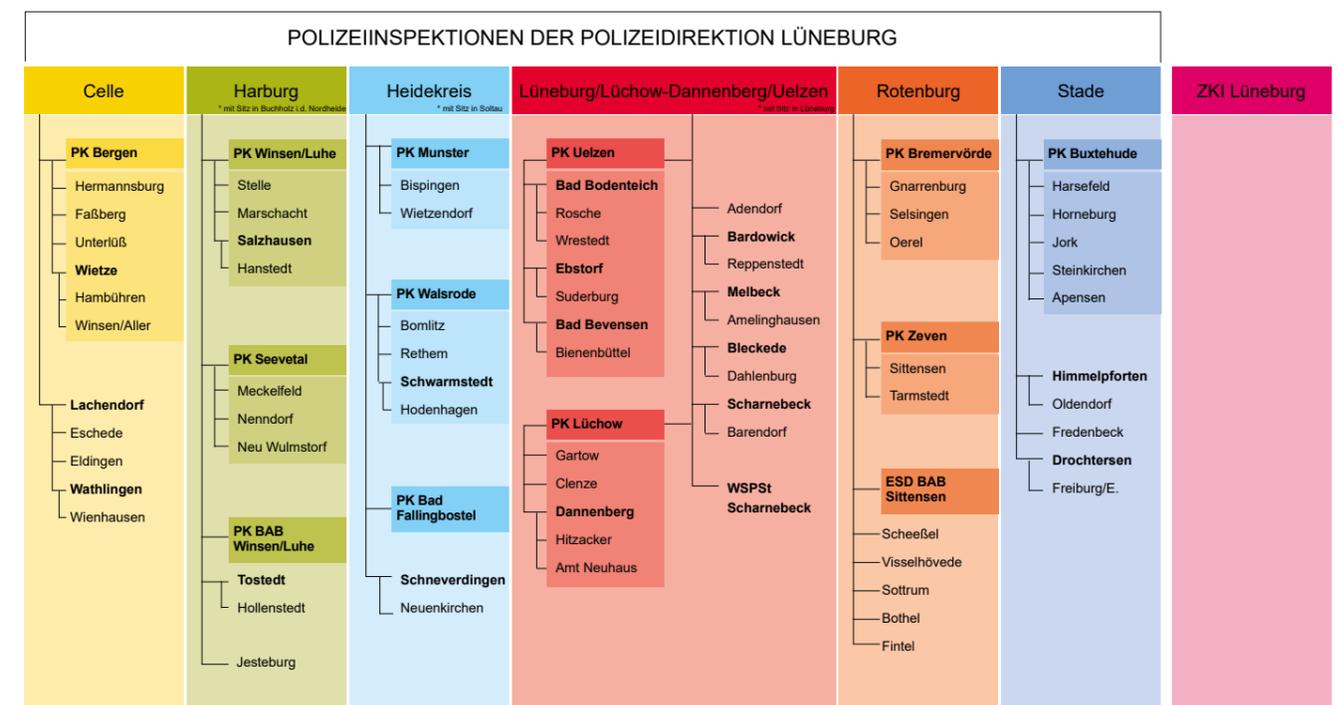
Die Polizeidirektion Lüneburg erstreckt sich flächenmäßig über die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Rotenburg (Wümme) und Stade. Ihr sind sechs Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion zugeordnet.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg stellt als Behörde das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie den vor Ort arbeitenden Polizeiinspektionen dar. Der Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg umfasst dabei die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Das Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 12.040 km². Hier leben insgesamt ca. 1,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger, deren Sicherheit unsere oberste Priorität ist.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sind der PD Lüneburg die sechs Polizeiinspektionen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, Rotenburg und Stade – mit insgesamt 12 Polizeikommissariaten und 70 Polizeistationen – sowie die Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg nachgeordnet. Im gesamten Zuständigkeitsbereich sind verteilt auf 23 Standorte derzeit insgesamt 2.973 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie im Einsatz. An 92 Polizeidienststellen wird dieser Dienst sogar rund um die Uhr geleistet.

Die Mitarbeiterschaft besteht dabei überwiegend aus Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch viele Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte sind unverzichtbar für unsere Organisation und ihre Aufgaben. Die Verteilung der Planstellen – und damit der Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Dienststellen – richtet sich nach strukturellen Grundlagen, örtlichen Besonderheiten sowie Kriterien im Hinblick auf die Einsatzbelastung.

Die Polizeiinspektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen gewährleisten Einsatz- und Streifendienste sowie die Kriminal- und Ermittlungsdienste die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Prävention, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung vor Ort. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt im gesamten Gebiet der Polizeidirektion die Aufgaben der bereichsübergreifenden Bekämpfung spezieller Kriminalitätsphänomene wahr, z.B. im Bereich der Organisierten Kriminalität.



Organigramm: Die Polizeidirektion Lüneburg



Die PD Lüneburg ist als übergeordnete Behörde für die strategisch-organisatorische Gesamtführung verantwortlich. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen, Serviceleistungen für die nachgeordneten Dienststellen koordiniert und erbracht sowie zentrale Aufgaben z.B. in den Bereichen Personal, Führungs- und Einsatzmittel sowie Finanzen wahrgenommen. Die Polizeidirektion setzt die Vorgaben des Landespolizeipräsidiums im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport in der Fläche um und sorgt für eine einheitliche Anwendung.

Die Leitung der PD Lüneburg obliegt dem Polizeipräsidenten (PP) Thomas Ring. Unterstützt wird er dabei durch den Polizeivizepräsidenten (PVP) Jens Eggersglüb und die Leitende Regierungsdirektorin (Ltd. RD'in) Inga Ritters-Timm.

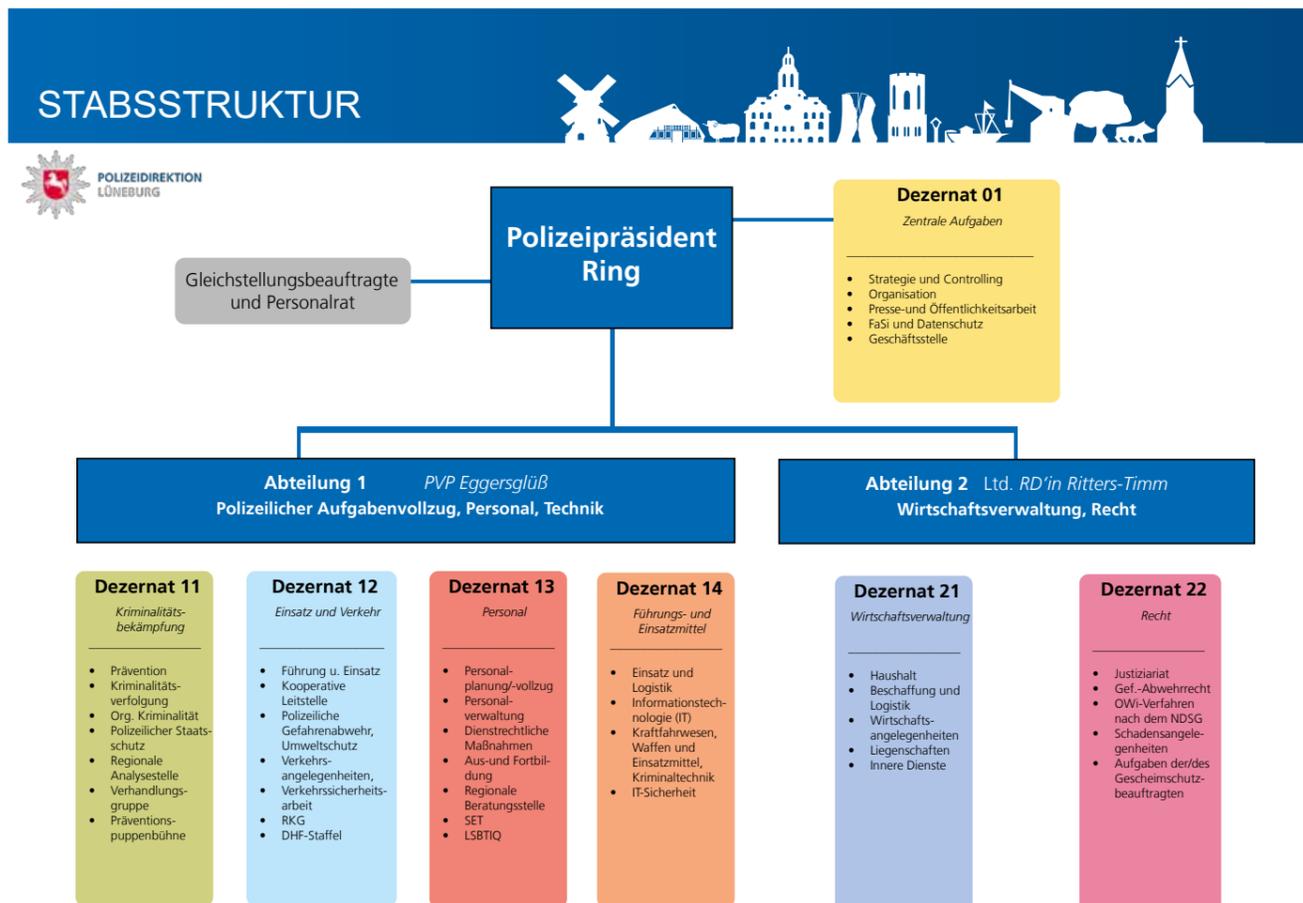
Direkt an den Polizeipräsidenten angegliedert sind das Dezernat für Zentrale Aufgaben sowie die Personalvertretungen

und die Beauftragten für spezielle Themenbereiche (z.B. Datenschutz und Arbeitsschutz).

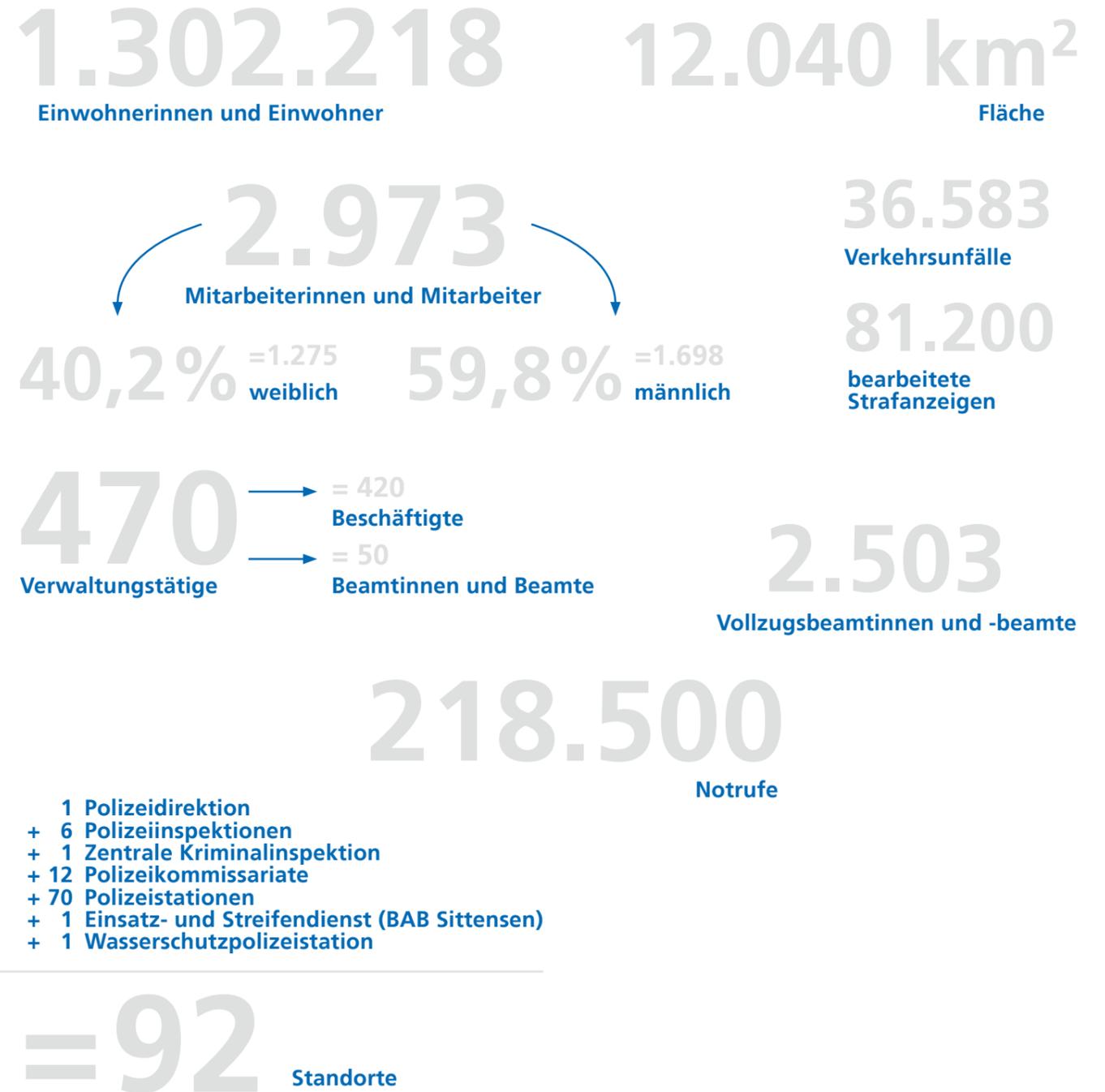
Die PD Lüneburg ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Wesentlichen in zwei Abteilungen untergliedert: die für polizeifachliche Aufgaben zuständige Abteilung 1, geleitet durch Herrn Eggersglüb und die für verwaltungsfachliche Aufgaben zuständige Abteilung 2, geleitet durch Frau Ritters-Timm.

Innerhalb der Abteilung 1 werden durch vier Fachdezernate die Themengebiete Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel bearbeitet. In der Abteilung 2 sind zwei weitere Fachdezernate für die Bereiche Wirtschaftsverwaltung und Recht eingerichtet.

Auf den nachfolgenden Seiten erhalten Sie Gelegenheit, sich einen genaueren Einblick in die einzelnen Organisationsbereiche und deren Aufgabenspektrum zu verschaffen.



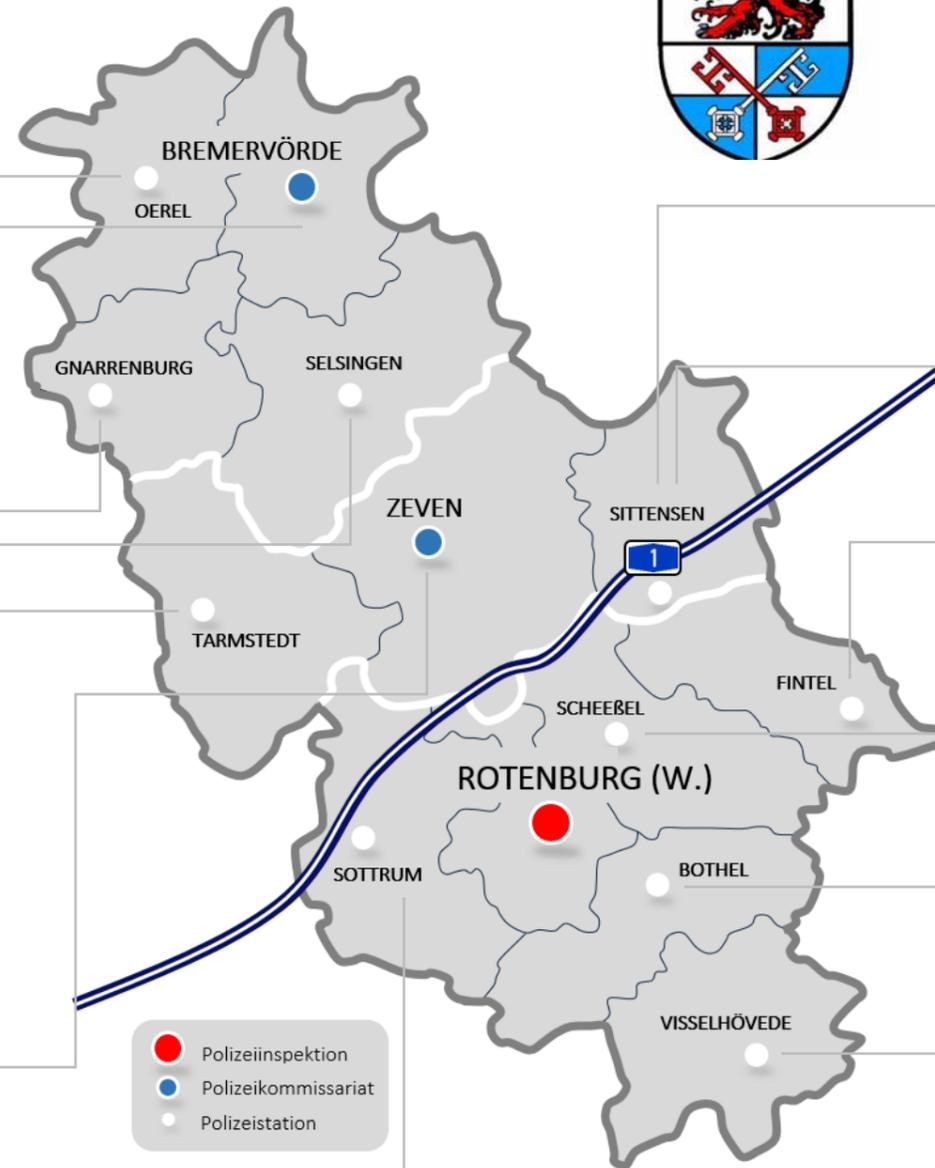
DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG IN ZAHLEN



DIE DIENSTSTELLEN DER POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG

Polizeiinspektion Rotenburg

Königsberger Straße 46
27356 Rotenburg (Wümme)
Tel. 04261/947-0
poststelle@pi-row.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Oerel
Bohlenstraße 10
27432 Oerel
Tel. 04765/83123-0
poststelle@pst-oerel.polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Bremervörde
Huddelberg 30
27432 Bremervörde
Tel. 04761/74890
poststelle@pk-bremervoerde.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Gnarrenburg
Hindenburgstraße 1a
27442 Gnarrenburg
Tel. 04763/62892-0
poststelle@pst-gnarrenburg.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Selsingen
Hauptstraße 30
27446 Selsingen
Tel. 04284/92755-0
poststelle@pst-selsingen.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Tarmstedt
Hepstedter Straße 9
27412 Tarmstedt
Tel. 04283/95518-0
poststelle@pst-tarmstedt.polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Zeven
Auf den Diekackern 1
27404 Zeven
Tel. 04281/95920
poststelle@pk-zeven.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Sottrum
Am Eichkamp 27
27367 Sottrum
Tel. 04264/83646-0
poststelle@pst-sottrum.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Sittensen
Stader Straße 26
27419 Sittensen
Tel. 04282/59414-0
poststelle@pst-sittensen.polizei.niedersachsen.de



ESD - BAB Sittensen
Stader Straße 26
27419 Sittensen
Tel. 04282/59414-0
esd-bab@pi-row.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Fintel
Rotenburger Straße 10
27389 Fintel
Tel. 04265/95460-0
poststelle@pst-fintel.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Scheeßel
Hirschberger Straße 26
27383 Scheeßel
Tel. 04263/98516-0
poststelle@pst-scheessel.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Bothel
Eschfeldweg 2
27386 Bothel
Tel. 04266/95568-0
poststelle@pst-bothel.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Visselhövede
Marktplatz 16
27374 Visselhövede
Tel. 04262/95908-0
poststelle@pst-visselhoevede.polizei.niedersachsen.de



DIE POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG IM ÜBERBLICK

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) liegt in der Mitte des Elbe-Weser-Dreiecks zwischen Hamburg und Bremen. Mit einer Fläche von 2.075 km² ist er einer der größten Landkreise in Deutschland, mit rund 165.000 Einwohnern jedoch relativ dünn besiedelt. Der Landkreis setzt sich zusammen aus den Städten Rotenburg, Zeven, Bremervörde und Visselhövede, fünf Einheitsgemeinden sowie acht Samtgemeinden mit 52 Mitgliedsgemeinden.

Die Polizeiinspektion Rotenburg mit den ihr angegliederten Polizeistationen Bothel, Fintel, Scheeßel, Sottrum und Visselhövede ist direkt örtlich zuständig im Bereich des Altkreises Rotenburg. Dieses Gebiet umfasst die Städte Rotenburg und Visselhövede, die Gemeinde Scheeßel sowie die Samtgemeinden Bothel, Fintel und Sottrum. Der Bereich wird heute noch Altkreis genannt, weil der Kreis Rotenburg (Wümme) bis 1977 allein diesen Bereich umfasste. Aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und dem ehemals angrenzenden Landkreis Bremervörde wurde im Zuge der Gebietsreform der jetzige Landkreis Rotenburg (Wümme).

Der Einsatz- und Streifendienst der Autobahnpolizei und die Verfügungseinheit – beide direkt bei der Polizeiinspektion Rotenburg angegliedert – sind neben der Polizeistation Sittensen im Dienstgebäude in Sittensen untergebracht. Der ESD-BAB ist zuständig für 56,571 Autobahnkilometer auf den beiden 3-spurigen Richtungsfahrbahnen Hamburg und Bremen zwischen den Anschlussstellen Rade (km 31,1) und Posthausen (km 87,671) sowie auf den ausgewiesenen Umleitungsstrecken.

Zur Polizeiinspektion Rotenburg gehören ebenfalls die Polizeikommissariate Zeven und Bremervörde.

Das Polizeikommissariat Zeven mit den dazugehörigen zwei Polizeistationen Sittensen und Tarmstedt ist für die polizeiliche Aufgabenerfüllung innerhalb der Samtgemeinden Zeven, Sittensen und Tarmstedt zuständig.

Die örtliche Zuständigkeit des Polizeikommissariats Bremervörde und der drei angegliederten Polizeistationen Gnarnburg, Oerel und Selsingen umfasst die Bereiche der Stadt Bremervörde, der Gemeinde Gnarnburg sowie der Samtgemeinden Geestequelle und Selsingen.



Dienstgebäude der Polizeiinspektion Rotenburg (Wümme) aus der Luft



Dienstgebäude des Zentralen Kriminaldienstes

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit. Sie ist nicht nur Kommunikator für polizeiliche Arbeit und ihre Erfolge, sondern zugleich Einsatzmittel, um Einsatzlagen oder Krisensituationen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen klassische und digitale Medienarbeit sowie interne und externe Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander.

Das Team der Pressestelle auf Direktionsebene:

Funktions E-Mail	pressestelle@pd-lg.polizei.niedersachsen.de
Leiterin	
Mareike Kowalewski	04131/8306-1050
Julia Graefe	04131/8306-1051
Laurits Penske	04131/8306-1052
Social Media Managerin	
Saskia Martin	04131/8306-1053



v.l. Julia Graefe, Mareike Kowalewski, Laurits Penske und Saskia Martin

Ziel der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist die Aufgabenbereiche sowie die Arbeit der Polizei transparent und nachvollziehbar darzustellen und einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Denn insbesondere im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller Polizeiinspektionen im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg leistet ihren aktiven Beitrag für einen offenen Informationsfluss und kommt ihrer Informationspflicht nach. Jede Polizeiinspektion hat einen eigenen Bereich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit speziell ausgebildeten Pressesprechenden eingerichtet. Die Mitarbeitenden stellen sicher, dass Informationen und Botschaften über die polizeiliche Arbeit schnell, wahrhaft, eindeutig und möglichst umfassend die Medien sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet u.a. Sondereinsätze und steigert die Kommunikation mit der Bevölkerung vor allem in besonderen Lagen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen in den klassischen Medien oder via eigener Social Media Accounts steigert das generelle Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit.

Um im Einsatzfall möglichst schnell und direkt die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, nutzt die Polizeidirektion Lüneburg soziale Medien. Im Alltag werden die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Social Media Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätsphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangeboten versorgt. Die Polizeidirektion Lüneburg möchte für die Außenwelt ansprechbar sein, direkt und ohne Umwege kommunizieren, in den Austausch treten und Transparenz schaffen.

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum umfasst neben dem Bearbeiten von Presseanfragen sowie dem Erstellen von Presseinformationen die Auswertung der täglichen Medienlage. Darüber hinaus werden hier u.a. Führungskräftebesprechungen und Veranstaltungen organisiert, Redebeiträge und Grußworte für die Behördenleitung begleitet sowie die Polizeidirektion Lüneburg im Intra- und Internet dargestellt. Auch die Bereiche Design und Grafik sind ein Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bereich Social Media befasst sich überwiegend mit der Koordination von Beiträgen, dem Erarbeiten von Kampagnen, der Fachaufsicht aller Social Media Accounts sowie der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Zudem wird das tägliche Stimmungsbild innerhalb der sozialen Medien erhoben und analysiert. Dabei wird das Angebot ständig weiterentwickelt.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG

Die Pressestelle dient der Information der örtlichen und überörtlichen Medienvertreterinnen und Medienvertreter.

Sie informiert die Öffentlichkeit umfassend und aktuell über alle wichtigen polizeilichen Ereignisse im Landkreis Rotenburg (Wümme).

Polizeisprecher der Polizeiinspektion Rotenburg ist Polizeihauptkommissar Heiner van der Werp. Er ist seit 1985 in unterschiedlichen Funktionen für die Rotenburger Polizei tätig.

Über die tägliche Pressearbeit hinaus betreut die Pressestelle bei größeren Einsätzen Medienvertreterinnen und Medienvertreter an der Einsatzstelle und koordiniert die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den weiteren Aufgaben zählen vor allem:

- Betreuung der Inter- und Intranet-Auftritte der Polizeiinspektion Rotenburg
- Koordinierung von Öffentlichkeitsfahndungen
- Bearbeitung von Drehanfragen und -planungen für Reportagen und Berichterstattungen
- Ausrichtung von Pressekonferenzen und Pressegesprächen zu aktuellen Anlässen
- Begleitung von Messe- und Ausstellungsauftritten der Polizei im Landkreis
- Unterstützung von übergreifenden Präventionsprojekten

Social Media Team

Unterstützt wird die Pressestelle durch das Social Media Team der Polizeiinspektion Rotenburg.

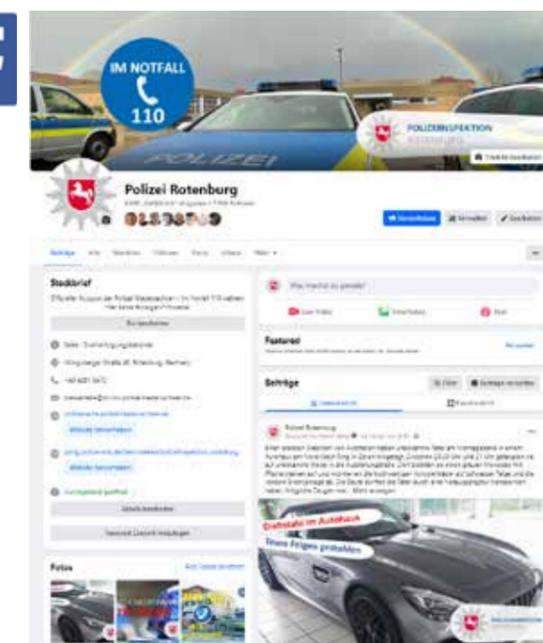
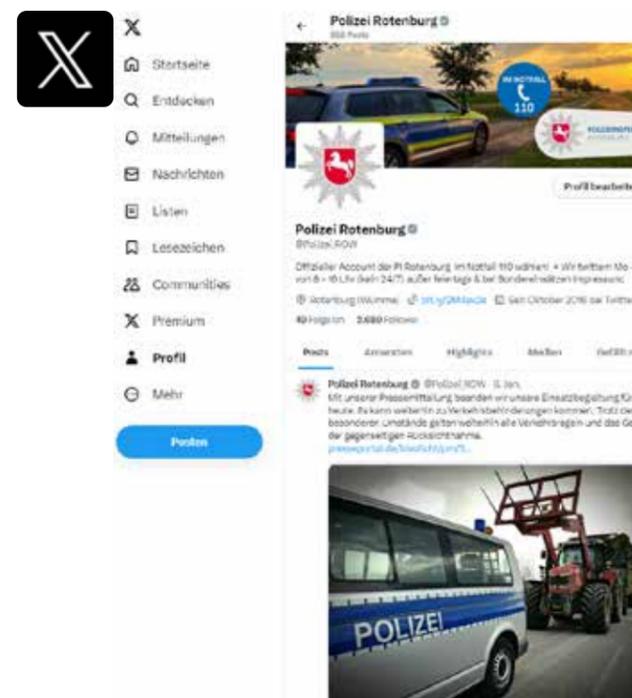
Dabei handelt es sich um Kolleginnen und Kollegen aus den Einsatz- und Streifendiensten in Rotenburg, Bremervörde und Zeven sowie von der Autobahnpolizei Sittensen. Sie berichten auf den Accounts der Polizeiinspektion Rotenburg auf Instagram, Facebook und X aus ihren täglichen Diensten.

Einen personalisierten Account auf Facebook als sogenannter „Social Media Cop“ betreibt seit 2023 Polizeioberkommissar Alexander von Buchholtz. Er ist in der Verfügungseinheit der PI Rotenburg tätig.



Instagram

Die Polizeiinspektion Rotenburg betreibt seit Dezember 2021 einen Account auf Instagram. Eine eigene „Insta-Gruppe“ innerhalb des Social Media Teams, gebildet aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeikommissariate Zeven und Bremervörde, der Polizeiinspektion Rotenburg und der Autobahnpolizei Sittensen berichtet über Alltägliches aus dem Einsatz- und Streifendienst. Außerdem wird diese Plattform insbesondere vom Präventionsteam der PI zur Präsentation von Themen der Kinder- und Jugendprävention genutzt.





DIVERSITÄT IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

In der Polizeidirektion Lüneburg legen wir großen Wert auf Vielfalt, Inklusion und Gleichberechtigung. Diese Werte spiegeln sich nicht nur in unserer täglichen Arbeit, sondern auch in unserer Organisationsstruktur wider. Um sicherzustellen, dass diese Grundsätze in allen Bereichen unseres Handelns berücksichtigt werden, haben wir entsprechend den gesetzlichen Vorgaben Beauftragte benannt, die sich den verschiedenen Aspekten dieser Themen widmen.

Personalrat

Personalräte sind die Personalvertretungen in öffentlichen Einrichtungen, u.a. in Körperschaften des öffentlichen Rechts von Bund, Ländern und Gemeinden. In den privatwirtschaftlichen Betrieben findet man als Äquivalent die Betriebsräte. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit aller Personalräte in Niedersachsen ist das Landespersonalvertretungsgesetz.

Vertreten werden alle Beschäftigten aus der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Davon ausgenommen sind u.a. die Professoren, Gastdozenten und nebenberuflich beschäftigtes Personal.

Die wichtigste Aufgabe des Personalrats ist die Überwachung der Gesetze, Tarifverträge und anderer Bestimmungen, die den Arbeitnehmern Rechte einräumen. Für die Wahrnehmung dieser Arbeitnehmerrechte hat der Gesetzgeber den Personalräten bestimmte Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz an die Hand gegeben.

Flankiert wird die Arbeit des Personalrats durch besondere Interessenvertretungen wie die Schwerbehindertenvertretung sowie die Gleichstellungsbeauftragte.

Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten ist es, alle personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit berühren können, in Bezug auf Chancengleichheit zu betrachten.

Schwerbehindertenvertretung

Die Schwerbehindertenvertretung fördert die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in die Behörde. Sie vertritt die Interessen und steht den Menschen beratend und helfend zur Seite.

LSBTIQ-Beauftragte

Im Folgenden möchten wir Ihnen die Beauftragten für LSBTIQ vorstellen. Sie vertreten die Stimme und die Interessen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und Queeren und spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung eines offenen, respektvollen und inklusiven Arbeitsumfelds.

Malte Beutner und Stephanie Scholl sind die Ansprechpersonen und beraten bei Krisen oder Konflikten im Arbeitsumfeld, unterstützen bei Einsätzen oder der Sachbearbeitung, bieten Fortbildungen an und halten den Kontakt zur LSBTIQ-Community.

Die Beauftragten für LSBTIQ, Gleichstellung und die Schwerbehindertenvertretung sowie der Personalrat sind wichtige Stützen unserer Organisation. Ihre Arbeit unterstreicht unser Bestreben, eine inklusive und respektvolle Kultur zu schaffen, in der jeder Einzelne seinen Beitrag leisten kann und sich gleichzeitig respektiert und wertgeschätzt fühlt.

Die Polizeidirektion Lüneburg verpflichtet sich, die Rechte und Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten und zu fördern. Durch die Arbeit der Beauftragten und des Personalrates zeigen wir unsere Entschlossenheit, eine Vorreiterrolle bei der Schaffung eines inklusiven und vielfältigen Arbeitsumfeldes zu übernehmen. Dies trägt nicht nur zu einem positiven Arbeitsklima bei, sondern fördert auch die Qualität und Effizienz unserer Arbeit. Es ist ein deutliches Zeichen dafür, dass bei uns jeder willkommen ist und seine individuellen Fähigkeiten und Perspektiven in die gemeinsame Arbeit einbringen kann.



ENKELTRICK VERHINDERT,
TASCHENDIEB GESTELLT.

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



TAG DER VIELFALT IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Am 4. Dezember 2023 fand der erste „Tag der Vielfalt“ unter dem Motto „Wir sind mehr als uniform“ in der Polizeidirektion Lüneburg statt. Nach der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ markierte die Polizeidirektion Lüneburg als Arbeitgeberin mit dem „Tag der Vielfalt“ nun ihren zweiten Meilenstein, um sich stärker proaktiv für Diversität am Arbeitsplatz einzusetzen.



Polizeipräsident Thomas Ring eröffnete die Veranstaltung mit den Worten:

„Diversität, also die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Menschen, die mit Vor- und Nachteilen, mit Privilegien und Diskriminierungen einhergehen, ist das was uns alle im Einzelnen und in der Gruppe ausmacht.“

Vielfalt geht über optisch wahrnehmbare Merkmale wie Alter, Geschlecht und Hautfarbe hinaus. Sie umfasst auch unsere kulturelle Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, chronische Erkrankungen und Behinderungen, unsere sexuelle Orientierung und sozialen Verhältnisse. Durch Gemeinsamkeiten fühlen wir uns zugehörig, durch Unterschiede werden wir bereichert. Wir müssen Diversität proaktiv fördern, um ein attraktives und zukunftsfähiges Arbeitsumfeld zu schaffen.“

Als prominente Gastrednerin lieferte Ana-Cristina Grohnert, ehemalige Vorsitzende des Vereins „Charta der Vielfalt“ sowie ehemalige Personalvorständin eines großen Versicherungskonzerns, wertvolle Impulse und öffnete den rund 90 Teilnehmenden nicht nur die Augen, sondern sprichwörtlich auch die Köpfe.

Vier weitere Referenten aus den Länderpolizeien Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erzeugten eine besondere Nähe der Teilnehmenden zu den Diversitätsdimensionen ethnische Herkunft und Nationalität, Behinderung sowie Geschlecht und geschlechtliche Identität mit ihren ganz persönlichen Geschichten aus dem Polizeialltag.

Polizeikommissar Jonathan Köhler erzählte über den Prozess seiner Geschlechtsangleichung und die unterstützende Begleitung seines Arbeitgebers Polizei.

Alexander Butz erweiterte die Sicht der Teilnehmenden auf das Thema Diensttauglichkeit trotz Behinderung. Er ist der einzige Polizeibeamte in Deutschland, der mit einer Prothese als uneingeschränkt polizeidiensttauglich gilt.

Darüber hinaus verdeutlichten zwei Kollegen aus Berlin, Atila Yelgin und Oussama Laabich, mit ihren jeweilig unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und durch ihre persönlichen Erlebnisse den Mehrwert von interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit im Einsatzgeschehen der Polizei.



Katrin Jäger führte als Moderatorin durch das Programm und verlieh den Ausführungen der Referierenden an entscheidenden Stellen Nachdruck.



Abgerundet wurde das Programm durch einen interaktiven Diversity-Parcours, der die verschiedenen Vielfaltdimensionen im Einzelnen abbildete.



POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Demokratische Resilienz in der Polizei bezeichnet die Fähigkeit, die demokratischen Werte und Normen zu bewahren, zu schützen und zu stärken. Es ist die grundlegende Aufgabe der Polizei, als Garantin für die innere Sicherheit die freiheitliche-demokratische Grundordnung zu leben und zu verteidigen. Dabei sind selbstkritische Auseinandersetzungen mit der eigenen Geschichte und das Verständnis der historischen Ereignisse wesentliche Aspekte.

In der Polizeidirektion Lüneburg gibt es klare Bestrebungen, diese demokratische Resilienz zu fördern und zu stärken. Alle neu zu versetzten Polizistinnen und Polizisten in der PD Lüneburg sind verpflichtet, die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen zu besuchen. Dieser Besuch dient als lebendige Erinnerung an die Gräueltaten der Vergangenheit und als ständige Mahnung, die Rechtsstaatlichkeit und die Werte einer demokratischen Gesellschaft hochzuhalten. Es ist ein essentieller Schritt zur Stärkung der Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Erscheinungen und ein Symbol der Verpflichtung gegenüber den Opfern.

Zudem wurde in der PD Lüneburg und der Stiftung Lager Sandbostel am 22.05.2023 eine wegweisende Kooperationsvereinbarung getroffen. Dieses Ereignis wurde von über 200 Vertretern aus der Polizei, dem Innenministerium sowie der kommunalen Politik begleitet. Die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, betonte in ihrer Rede die Bedeutung der Erinnerungsarbeit: „Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, wir müssen von ihr lernen. Dies gilt für jede und jeden Einzelnen, für die Gesellschaft, für die staatlichen Institutionen. Aus unserer gemeinsamen Historie ist es wichtig, dass das polizeiliche Handeln sich rechtsstaatlich, transparent und bürgernah gestaltet.“

Der Vertrag sieht spezielle historisch-pädagogische Aus- und Fortbildungen vor Ort für die Angehörigen der PD Lüneburg vor. Gemeinsame Veranstaltungen und Forschungsprojekte sollen entwickelt und durchgeführt werden und die Gedenkstätte wird als ein bedeutender Teil der Erinnerungs- und Gedenkkultur Niedersachsens gefördert.

Polizeipräsident Thomas Ring erklärte in seiner Rede die Bedeutung dieser Vereinbarung: „Unsere Gesellschaft darf niemals vergessen, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Orten wie diesen verübt worden sind. Zur Stärkung der Resilienz gegen demokratiegefährdende Einflüsse und der Aufrechterhaltung der demokratischen Werte und Normen ist die Auseinandersetzung mit unserem historischen Erbe unerlässlich. Ich bin stolz auf die heute unterzeichnete Kooperationsvereinbarung der Stiftung Lager Sandbostel und meiner Polizeidirektion und darauf, dass dieser historische Ort nunmehr auch für die Angehörigen der Polizeidirektion Lüneburg ein Ort des Innehaltens, des Lernens und des Austauschs ist“.



Diese Initiativen der PD Lüneburg zeigen ein klares Bekenntnis zur Förderung der demokratischen Resilienz und zur kontinuierlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte.

Es ist ein Schritt in die Richtung einer starken und widerstandsfähigen Demokratie, die die Grundwerte unserer Gesellschaft bewahrt und schützt.



NACHWUCHSGEWINNUNG

WEGE ZUR POLIZEI

Du bist gerade dabei, Dein Abitur bzw. Deine Fachhochschulreife zu absolvieren oder hast Deinen Abschluss bereits in der Tasche?

Dann musst Du folgende allgemeine Voraussetzungen erfüllen:

- Du hast die deutsche Staatsbürgerschaft, die eines anderen EU-Staates, eines Staates aus dem europäischen Wirtschaftsraum oder Du bist im Besitz einer gültigen Niederlassungserlaubnis.
- Du hast sechs Jahre Englischunterricht besucht oder kannst ein Zertifikat über eine abgelegte Prüfung gemäß des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen, Level B 1 (entspricht dem Leistungsstand der Klasse 10, Sekundarstufe 1) vorlegen.
- Du bist gerichtlich nicht bestraft.
- Du bist am Tag der Einstellung nicht älter als 31 Jahre (Ausnahmen sind im Einzelfall möglich).
- Du bist im Besitz der Fahrerlaubnis der Klasse B oder der Prüfbescheinigung Begleitetes Fahren ab 17 (BF17). Vorlage des Nachweises bis spätestens einen Monat vor Einstellung.
- Du hast das Deutsche Schwimmabzeichen Bronze (oder höherwertig). Wir benötigen den Nachweis hierüber spätestens zum Studienbeginn.
- Du bist darüber hinaus gesund und sportlich.

Im Einzelfall sind Ausnahmen möglich. Bitte erkundige Dich bei uns, wenn Du nicht alle Voraussetzungen erfüllst.

Mit Realschulabschluss zur Polizei? Kein Problem! So geht's:

- Stelle Deine Leistungen im Eignungsauswahlverfahren unter Beweis und sichere Dir einen der begehrten Praktikantenverträge.
- Erlange die Fachhochschulreife durch den Besuch der zweijährigen Fachoberschule (FOS) Wirtschaft und Verwaltung (Verwaltung und Rechtspflege). Das Praktikum im Rahmen des Besuchs der Klasse 11 der Fachoberschule absolvierst Du natürlich bei uns.
- Starte anschließend direkt – ohne erneute Bewerbung – in das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen. Du musst lediglich den Sporttest wiederholen und Dich erneut einer medizinischen Überprüfung unterziehen.

Um Dich bewerben zu können, musst Du neben den allgemeinen Voraussetzungen Folgendes mitbringen:

- Realschulabschluss mit einem Gesamtnotenschnitt von mindestens 3,3
- Mindestens die Note 3 in den Fächern Mathematik und Deutsch
- Dein Sozialverhalten muss mindestens mit "entspricht den Erwartungen" beurteilt worden sein.



NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG

Mit Blick auf die steigenden Pensionierungszahlen innerhalb der Niedersächsischen Polizei richten wir, wie viele andere Polizeidienststellen auch, unsere Aufmerksamkeit verstärkt auf die Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften. Auch wenn die hohen Einstellungszahlen die Attraktivität unseres Berufes widerspiegeln, können wir uns auf diesem positiven Image nicht ausruhen. Die heutige Generation der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger legt neben einer persönlichen Entwicklung im Beruf auch Wert auf eine gute Work-Life-Balance.

Was wir zu bieten haben, ist ein verantwortungsvoller und abwechslungsreicher Beruf, interessanter Umgang mit Menschen und moderner Technik, Teamarbeit als wichtigen Aspekt bei der Einsatzbewältigung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Aufstiegs- und Spezialisierungsmöglichkeiten sowie eine leistungsgerechte Bezahlung.

Zum dreijährigen Bachelorstudium an der Polizeiakademie Niedersachsen gehören mehrmonatige Praxismodule, die auch in den verschiedenen Dienststellen der Polizeiinspektion Rotenburg absolviert werden können. Studierende sollen so frühzeitig auf ihre späteren Tätigkeiten im Einsatz- und Ermittlungsbereich vorbereitet werden, so dass sie nach ihrem Abschluss unsere Polizeiinspektion Rotenburg verstärken können.

Für die Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Rotenburg ist Kriminalhauptkommissarin Ingrun Joll aus dem Sachbereich Aus- und Fortbildung (AuF) mit einem Team von Einstellungsberaterinnen und -beratern verantwortlich. Gemeinsam führen sie jährlich eine Vielzahl an Berufsinformationsveranstaltungen und Nachwuchswerbemaßnahmen durch. Darüber hinaus dienen telefonische Beratungsgespräche, aber auch digitale Veranstaltungen dazu, um jungen Menschen Informationen zum Thema Berufseinstieg geben zu können.

Für die Einstellungsberatung stehen zur Verfügung, v.l.n.r.: Patrick Hoeft, Dieter Wellbrock, Ingrun Joll, Britta Ellbel, Rolf Meyer

Ansprechpartnerin für Aus- und Fortbildung

Kriminalhauptkommissarin
Ingrun Joll

Festnetz: 04261 / 947-105
E-Mail: auf@pi-row.polizei.niedersachsen.de



DAS AUSWAHLVERFAHREN

Prüfung deiner Bewerbung

Im ersten Schritt des Auswahlverfahrens prüfen wir, ob Du alle nötigen Voraussetzungen für eine Bewerbung bei uns erfüllst und ob Deine Unterlagen vollständig sind. Bitte achte darauf, alle notwendigen Unterlagen hochzuladen. Falls Du Dich schriftlich bewirbst, beachte unsere Checkliste auf der Website. Das vermeidet zusätzliche Arbeit, Kosten und wir können Dich zeitnah für unseren ersten Testabschnitt einladen.

Nach Eingang Deiner Bewerbung senden wir Dir zeitnah eine Bestätigung über den Eingang dieser zu.

1. Testtag - Der computergestützte Eignungstest

Der nächste Schritt auf Deinem Weg zur Polizeikommissaranwärterin, bzw. zum Polizeikommissaranwärter ist ein computergestützter Eignungstest.

Wichtig zu wissen:

Es handelt sich um einen reinen Computertest.

Geprüft werden u.a. Sprach- und Ausdrucksvermögen, Denkaufgaben, Problemlösungsaufgaben, Zahlenreihen, Gedächtnisübungen, Postkorbübung, Rechtschreibung

Dauer: ca. 4 1/2 Stunden (inkl. Pause).

Um dich optimal auf den computergestützten Eignungstest vorzubereiten, empfehlen wir Dir, an unserem Online-Coaching teilzunehmen.

1. Testtag - Die Sportprüfung

Im Rahmen der Sportprüfung möchten wir feststellen, ob Du den besonderen körperlichen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes genügst.

Der Sporttest setzt sich aus insgesamt 6 Prüfungsmodulen zusammen.

- Kasten-Bumerang-Test
- Farmers Walk
- Personenrettung
- Jump & Reach
- Waffenhandhabung
- 3.000-Meter-Lauf



2. Testtag - Das strukturierte Interview

Wenige Wochen nach dem computergestützten Eignungstest und der Sportprüfung findet Dein Auswahlgespräch statt, welches in Form eines Strukturierten Interviews durchgeführt wird.

Eine Auswahlkommission wird in einem Gespräch mit Dir beurteilen, ob Du für den Polizeiberuf geeignet bist. Hierfür möchten wir u.a. Deine Fähigkeiten in Bereichen wie Kontaktverhalten, Berufsmotivation/Einstellung zum Beruf, Sozialverhalten, emotionale Stabilität oder auch Eigeninitiative feststellen und bewerten. Das Interview wird etwa 45 – 60 Minuten dauern. Bitte wundere Dich nicht, wenn das Interview etwas anders verläuft, als Du es erwartest. Die Kommission hat sich intensiv auf die Auswahlgespräche vorbereitet und sich bereits im Voraus für bestimmte Fragen entschieden, die dann im Verlauf des Interviews gestellt werden. Das Interview wirkt dadurch ggf. etwas strenger als ein frei geführtes Gespräch.

Der Ablauf

Das Interview beginnt mit Deiner Selbstvorstellung und einigen Nachfragen zu Deinem Berufswunsch und Deinem Lebensweg. Im Anschluss daran werden Dir mehrere Fragen gestellt, die sich auf Dein bisheriges Leben (Deine Biographie) beziehen. Wir werden Dich jeweils bitten, ein ganz konkretes, für Dich typisches Beispiel zu nennen, das Du tatsächlich erlebt hast. Beschreibe Dein damaliges Verhalten so genau wie möglich. Es ist hier besonders wichtig, dass Du ein ganz konkretes Beispiel nennst und nicht, wie Du Dich im Allgemeinen verhältst.

Nach den biographischen Fragen folgen die situativen Fragen. Bei diesen Fragen wirst Du aufgefordert, Dich in die Rolle eines Polizisten/einer Polizistin zu versetzen, der/die eine vorgegebene Situation bewältigen muss. In diesem Teil ist es sehr wichtig, dass Du Schritt für Schritt beschreibst, wie Du Dich in dieser Situation verhalten würdest.

Nach dem Strukturierten Interview erhältst Du vorbehaltlich der medizinischen Eignung eine Einstellungszusage bei Deiner Wunschbehörde.

2. Testtag - Die polizeiärztliche Untersuchung

Die medizinischen Unterlagen schicken wir Dir per Mail vorab. Der Termin für die medizinische Untersuchung und das strukturierte Interview wird Dir je nach Kapazität am jeweiligen Standort zugesandt.

Die Untersuchung findet bei einem der sechs Medizinischen Dienste statt und dauert ca. 4 -5 Stunden. Geprüft wird, ob Du den besonderen gesundheitlichen Anforderungen des Polizeidienstes genügst.

Deine medizinischen Unterlagen bringst Du bitte am Tag der Untersuchung mit. Der Hausarztbogen und die Selbstauskunft sind zwingend am Untersuchungstag vorzulegen.

Es ist nicht erforderlich, nüchtern zum Untersuchungstermin zu erscheinen. Das Trinken von Wasser im Vorfeld ist sogar ausdrücklich erwünscht.

Bring Dir außerdem etwas zum Frühstück bzw. Mittagessen mit.



MEIN WEG ZUR POLIZEI – ERFAHRUNGSBERICHT EINES FACHOBERSCHÜLERS

Mein Name ist Yannik M., ich bin 20 Jahre alt und studiere derzeit im 2. Studienjahr an der Polizeiakademie in Oldenburg.

Der Wunsch, den Polizeiberuf zu ergreifen, bestand im Inneren bereits seit der weiterführenden Schule. Dort habe ich in der 9. Klasse ein freiwilliges Praktikum bei der Polizei in den Herbstferien absolviert.

Ab diesem Zeitpunkt war mir klar, dass dies mein zukünftiger Beruf werden soll. Ich informierte mich mehr und mehr über den Beruf und über die Einstellungsvoraussetzungen, sodass ich mich dazu entschied, mich als Fachoberschüler mit einem Realschulabschluss bei der Polizei zu bewerben.

Nach ungefähr 2 Wochen bekam ich bereits eine Einladung zum computergestützten Auswahlverfahren und den sportlichen Eignungstest in Hann. Münden. An der Polizeiakademie in Hann. Münden angekommen, durften wir uns schon an unseren Platz vor den PC setzen. Im anschließenden Test wurde vor allem die Merkfähigkeit, Rechtschreibung, wie auch das Arbeiten unter Zeitdruck geprüft.

Als ich diesen Teil des Auswahlverfahrens bestanden hatte, gab es eine Mittagspause und den anschließenden Sporttest. In meinem Fall beinhaltete dieser das Laufen von 5 km in maximal 29 Minuten. Auch diese Hürde konnte ich erfolgreich meistern.

3 Tage später bekam ich eine Einladung zum Auswahlgespräch in Lüneburg. Dies fand genau 7 Tage nach meinen Tests in Hann. Münden statt. Dort wurde meine Persönlichkeit, wie auch meine mentale Polizeitauglichkeit geprüft. Als das Gespräch beendet war, durfte ich mich draußen im Flur hinsetzen und auf das Ergebnis warten. Nach kurzer Zeit bekam ich auch schon die Mitteilung, dass ich auch diesen Test bestanden habe. Nun fehlte mir nur noch der medizinische Test. Diesen durfte ich ein paar Wochen später in Braunschweig absolvieren. Auch hier bekam ich ein positives Ergebnis.

Am 03.08.2020 war es dann soweit. Ich durfte mein Praktikum bei der Polizei als Fachoberschüler beginnen. Das Praktikum ist Inhalt der 11. Klasse der berufsbildenden Schulen im Bereich Verwaltung und Rechtspflege.

Dort sind eine bestimmte Anzahl an Praktikumsstunden zum Erlangen der Fachhochschulreife, welche für das Studium benötigt wird, vorgeschrieben. Am ersten Tag wurden die anderen Fachoberschüler und ich von unserer Aus- und Fortbildung begrüßt und auf der Dienststelle herumgeführt.

Ab dem nächsten Tag durfte ich dann mein Praktikum im Einsatz- und Streifendienst beginnen. Im weiteren Verlauf meiner Praktikumszeit durfte ich außerdem noch in die Arbeit der Kriminalpolizei, der Verfügungseinheit und der Polizeistation hineinschnuppern.

Ein Jahr später habe ich die 11. Klasse beendet und wurde in die 12. Klasse versetzt.

Ab dem Zeitpunkt war das Praktikum beendet und somit belief sich die Unterrichtszeit auf 5 Tage die Woche.

Im Januar 2022 bekam ich eine Einladung zum 2. Medizinischen Test und im April 2022 musste ich die Sportprüfung noch einmal absolvieren.

Im Mai 2022 wurde mir dann der Studienstandort Oldenburg zugewiesen.

DAS PRAKTIKUM:

POLIZEIINSPEKTION
LÜNEBURG/
LÜCHOW-DANNENBERG/
UELZEN

VORAUSSETZUNGEN:

- Mindestalter 15 Jahre
- mindestens Realschulniveau, ab Klasse 9
- Schulnoten 3 (befriedigend) in Mathe und Deutsch
- Notendurchschnitt bis 3,2
- Arbeits- und Sozialverhalten entspricht den Erwartungen (Zeugnis)
- keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen (z. B. Asthma, Diabetes)
- keine Vorstrafen

Für interessierte Praktikanten/-innen außerhalb der Schule gelten die Bewerbungsvoraussetzungen zum Studium an der Polizeiakademie!

polizei-studium.de
POLIZEI, NIEDERSACHSEN, KARRIERE

EINZUREICHENDE UNTERLAGEN:

- Formelles Anschreiben (Vorstellung der Person und Grund der Bewerbung)
- Tabellarischer Lebenslauf mit Foto und E-Mail-Adresse
- Kopie des letzten Zeugnisses

Das Praktikum kann maximal für zwei Wochen und dann maximal 12 Monate im Voraus ermöglicht werden – nach Absprache auch in der Ferienzeit.

Kontakt / Bewerbungsunterlagen versenden an:

Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
Christopher Leske, Polizeihauptkommissar
– Sachbereich Ausbildung –
Auf der Hude 1
21339 Lüneburg

Telefon: 04131 8306-2415
ausbildung@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Die Abschlussprüfungen zum Erwerb der Fachhochschulreife standen außerdem im Mai 2022 an. Das Abschlusszeugnis wurde im Juni 2022 ausgehändigt. Im Sommer stand die Vorbereitung auf das Studium, wie auch die Wohnungssuche, an. Die Suche nach einer passenden Wohnung konnte ich problemlos über andere Studierende von der Akademie abschließen. Dafür haben wir im Voraus einen Zugang zu einem polizeiinternen Netzwerk bekommen.

Am 4.10.2022 begann dann mein Studium an der Polizeiakademie. Am ersten Tag wurden wir von der Studienstandortsleitung begrüßt. Anschließend wurden wir in verschiedene Studiengruppen eingeteilt und in einen anderen Raum gebeten. Hier folgte dann eine Einweisung in die Verhaltensweisen am Studienstandort.

Im Laufe des ersten Jahres standen dann Prüfungen in allen Grundlagenfächern an. Aber auch die Fertigungsprüfungen in den Bereichen Allgemeine Fitness, Abwehr- und Zugriffstechniken, wie auch Schießtraining, wurden ausgeführt.

Durch das Praktikum als Fachoberschüler kannte ich bereits viele Themen, wodurch mir der Einstieg in das Studium relativ leichtfiel.

Nachdem alle Prüfungen absolviert wurden, begann schon das 3-monatige Praktikum im Einsatz- und Streifendienst. Im Gegensatz zum Praktikum in der Fachoberschule, durfte ich diesmal mit meinem Anleiter alleine fahren und selbst polizeiliche Maßnahmen treffen.

Auch hier hatte ich durch mein vorheriges Praktikum einige Vorteile. Dadurch, dass ich mir bereits bei anderen Kollegen eine Menge abgucken konnte, hatte ich schon in den ersten Tagen ein wenig mehr Handlungssicherheit.

Nach diesem Praktikum stand die Hausarbeit an. Diese bestand in meinem Fall aus 15 Seiten und beinhaltete das Thema „Effektive Auslesemethoden an Kraftfahrzeugen aus polizeilicher Perspektive: Analyse, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven“.

Nach Abgabe ging es dann zu meinem jetzigen Praktikum in die Ermittlung. Hier bin ich zur Zeit im 6. Fachkommissariat in der Jugendsachbearbeitung.

In Zukunft stehen noch zwei schriftliche Leistungen, wie auch die Bachelorarbeit und die Verteidigung dieser an. Diese müssen noch erfolgreich absolviert werden, um das Studium zu bestehen.

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Steigende Gesamt-Fallzahlen, erneute Steigerung der Aufklärungsquote, Wohnungseinbruchdiebstähle wieder gestiegen, so das Resümee der PKS 2023 in der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Entwicklung der Kriminalität wird in Niedersachsen, wie in jedem anderen Bundesland auch, anhand einer Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beobachtet. Die darin erhobenen Daten dienen dazu, Erkenntnisse für vorbeugende und verfolgende Kriminalitätsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen zu erlangen.

Bei der PKS handelt es sich um eine reine Hellfeldstatistik. Es werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich strafbewehrter Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft. Ausgenommen von der Erfassung sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte, direkt bei den Staatsanwaltschaften angezeigte Straftaten sowie Delikte, die nicht in die Bearbeitungszuständigkeit der Polizei fallen (z.B. Finanz- und Steuerdelikte).

Der Aktualität der PKS und der Abbildung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs in der PKS sind insofern Grenzen gesetzt. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Straftaten, die der Polizei nicht bekannt geworden sind, nicht abgebildet werden können (sog. Dunkelfeld). Der tatsächliche Kriminalitätsumfang liegt also höher als die Angaben in der PKS. Im Gegenzug kann es aber z.B. durch ein verstärktes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine gesteigerte Verfolgungs-

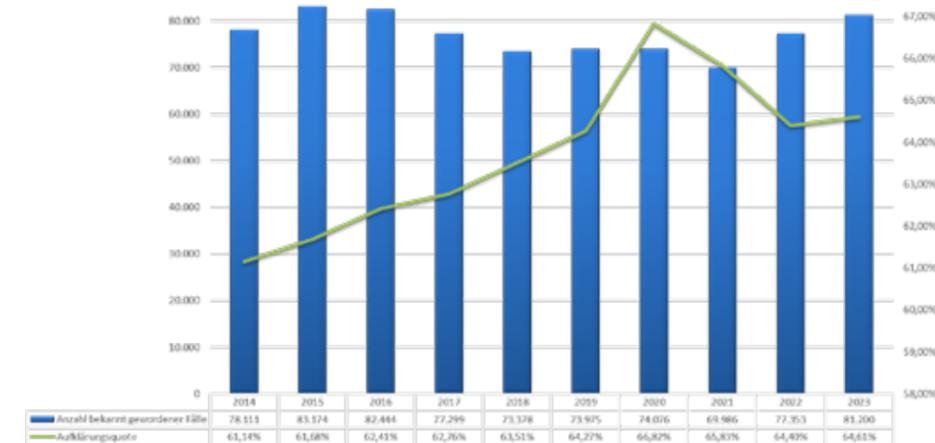
intensität der Polizei in einzelnen Deliktsbereichen auch zu Hell- / Dunkelfeldverschiebungen kommen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in der PKS zur Folge haben, ohne dass eine Änderung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs stattgefunden hat.

Die PKS wird durch das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Basis der aus den einzelnen Polizeidienststellen zugelieferten Daten zu Deliktsarten, Umfang und Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen erstellt und jährlich veröffentlicht. Neben der PKS für das Land Niedersachsen insgesamt wird diese zusätzlich auf Ebene der Polizeidirektionen und der Polizeiinspektionen ausgewertet. Auch innerhalb des laufenden Jahres erfolgt ein stetiges Monitoring, um Veränderungen in der Kriminalitätsentwicklung zeitnah zu erkennen und das polizeiliche Handeln entsprechend anzupassen.

Die Gesamtzahl der im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg erfassten Straftaten ist für das Berichtsjahr 2023 um 4,97% auf 81.200 gestiegen (2022: 77.353). Die Entwicklung liegt somit leicht unterhalb des landesweiten Trends (+5,57%).

Die Aufklärungsquote lag 2023 bei 64,61% und hat sich gegenüber dem Jahr 2022 (64,40%) leicht verbessert. Die PD Lüneburg hat damit die zweithöchste Aufklärungsquote in Niedersachsen (Landesdurchschnitt 62,51%).

LANGZEITVERGLEICH GESAMT-FALLZAHL UND AUFKLÄRUNGSQUOTE



Deliktsbereiche im Detail

Im Folgenden werden ausgewählte Deliktsbereiche näher dargestellt, die einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit bilden.

Straftaten gegen das Leben

Mit Straftaten gegen das Leben sind die Delikte Mord und Totschlag gemeint. Hierzu zählt auch der Versuch eines Mordes oder Totschlags. Im Jahr 2023 sind insgesamt 60 derartige Straftaten im Gebiet der PD Lüneburg erfasst worden (2022: 91 Fälle). Die Aufklärungsquote liegt bei 90,00%. Dies zeigt deutlich mit welcher Ermittlungsintensität und mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem der Polizeiinspektionen sich der Aufklärung dieser Taten widmen.

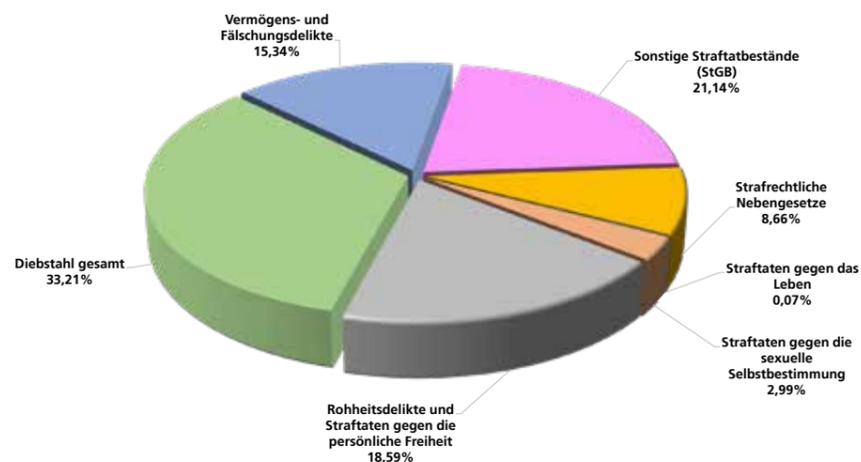
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten gab es im Gesamtbereich der PD Lüneburg einen Anstieg von 25,71 % auf 2.430 Taten (2022: 1.933). Von den 2.430 Taten fallen 1.365 Taten auf den Bereich „Verbreitung pornografischer Inhalte, insbesondere Verbreitung/Besitz von kinderpornografischen Inhalten“. Die Aufklärungsquote liegt bei 92,59% und ist im Vergleich zum Vorjahr (90,84%) gestiegen.

Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten sind Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zu verstehen. Die Zahl der Rohheitsdelikte stieg im Vergleich zum Vorjahr um 812 auf 15.094 Fälle an (2022: 14.282). Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote bei 90,90% (2022: 91,07%). Den größten Anteil stellen dabei weiterhin die Körperverletzungsdelikte, die um 3,59% auf 9.320 (2022: 8.997) Fälle anstiegen.

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PD LÜNEBURG NACH DELIKTSARTEN



Häusliche Gewalt

Im Jahr 2023 gab es insgesamt 4.411 Fälle der häuslichen Gewalt. Dies stellt erneut eine deutliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr dar (2022: 4.133). Rund 60% der Taten sind der partnerschaftlichen Gewalt zuzuordnen. Es gab 4.082 Opfer der häuslichen Gewalt (ca. 30% männlich, ca. 70% weiblich), wovon 14% zur Tatzeit minderjährig waren. Die meisten Opfer lebten zur Tatzeit mit dem Täter/der Täterin in einer bestehenden Partnerschaft/Ehe.

Gleichwohl ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten aufgrund emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten nicht angezeigt werden.

Diebstahl / Wohnungseinbruchdiebstahl

Im Jahr 2023 stellten die Diebstähle prozentual die größte Deliktsgruppe dar. Abermals stieg ihre Zahl um 10,49% auf 26.967 (2022: 24.407) Straftaten.

Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist im Vergleich zu 2022 (1.099) um 227 Fälle auf 1.326 gestiegen. Im Jahr 2023 blieb es von diesen Fällen 565-mal beim Versuch des Wohnungseinbruchdiebstahls.

Die Aufklärungsquote liegt in diesem sehr ermittlungsentensiven Deliktsfeld bei 20,74% (2022: 27,93%).

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten gab es im Vergleich zu 2022 (12.222) eine weitere Zunahme auf 12.455 Taten. Den wesentlichsten Anteil an der Gesamtzahl haben weiterhin die Betrugsstaten mit 9.379 Fällen.

Cybercrime/Internetkriminalität

Die Straftaten mit dem „Tatmittel Internet“ sind im Vergleich zu 2022 (4.721) um 6,97% auf 5.050 Fälle gestiegen. Im Zusammenhang mit dem „Tatmittel Internet“ ist vor allem im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ein enormer Anstieg von 50,41% zu verzeichnen. Der Anstieg liegt überwiegend im Bereich „Verbreitung pornografischer Inhalte“.

Im Hinblick auf Hasskriminalität im Internet sind in den vergangenen Jahren weiterhin diverse Informations- und Präventionskampagnen durchgeführt worden, die ein vermehrtes Anzeigeverhalten der Opfer zur Folge hatten. Die öffentliche Wahrnehmung und die konsequentere strafrechtliche Verfolgung der entsprechenden Straftatbestände sind als weiterer Grund anzusehen.

Im Bereich der Computerkriminalität ist vor allem im Bereich des Waren- und Warenkreditbetruges ein Rückgang zu verzeichnen.

Phänomenbetrachtung „Falsche Polizeibeamte“

Bei der Betrachtung des Phänomenbereiches „Falsche Polizeibeamte“ ist ein Rückgang der Fallzahlen festzustellen. Seit Erfassung der Daten im Jahr 2020 befinden sich diese mit 69 Taten im Jahr 2023 auf dem niedrigsten Stand. Der Höchststand in 2020 lag bei 272 Taten.

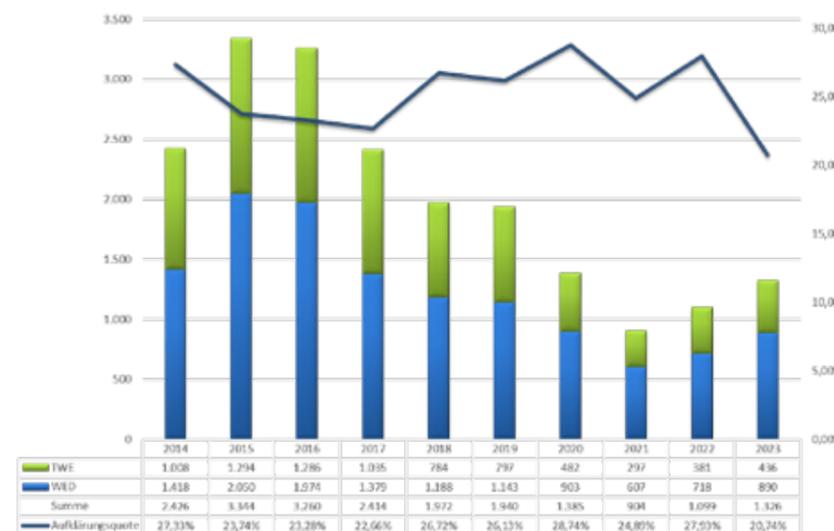
Im Vergleich zu 2022 gab es bei Betrachtung aller Callcenter-Betrugsdelikten einen Rückgang von 201 (2022) auf 149 Taten. 74 Taten blieben im Versuch, während 75 Taten

vollendet wurden. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass vor allem in diesem Deliktsfeld eine gewissen „Tatort-Problematik“ besteht, da die Tatorte häufig nicht in Deutschland sind und somit nicht wirksam für die Polizeiliche Kriminalstatistik sind.

Fazit von Polizeipräsident Thomas Ring

„Der Anstieg der gesamten Fallzahlen kann u.a auf eine erhöhte Mobilität, wirtschaftliche und soziale Belastungen sowie mit Migrationsbewegungen einhergehende Faktoren zurückgeführt werden. Die Polizeidirektion Lüneburg konnte dennoch in mehr als 64 von 100 Fällen Tatverdächtige ermitteln. Das ist nach wie vor eine hervorragende Quote. Auch der Langzeitvergleich macht deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Polizei verlassen können. Wir leben in einer sicheren Region. Dass wir unsere Aufklärungsquote im Vergleich zum Vorjahr nochmal steigern können, macht mich ganz besonders stolz. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitenden für ihr außerordentliches Engagement bedanken. Wir wissen aber auch um unsere Pflicht. Wir dürfen vor allem im Bereich der Präventionsarbeit zur Verhinderung weiterer Straftaten oder in der akribischen Tatortarbeit zur Ermittlung der Täterschaften vor allem im Bereich der gestiegenen Wohnungseinbruchdiebstähle nicht nachlassen. Wir werden uns weiterhin mit großem Engagement für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Nordosten Niedersachsens einsetzen!“

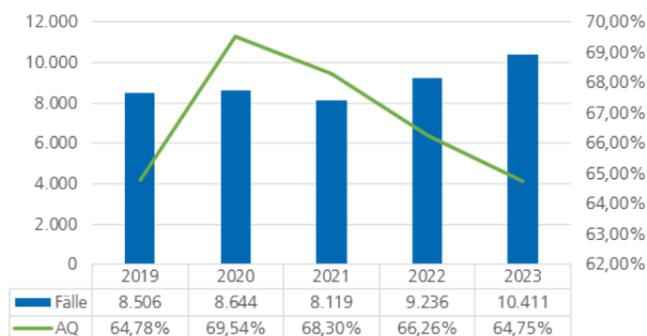
LANGZEITVERGLEICH WOHNUNGSEINBRÜCHE (FÄLLE UND AUFKLÄRUNGSQUOTE)



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK DER POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG

Kriminalstatistik 2023: Kriminalität im Landkreis Rotenburg nimmt deutlich zu

Die Anzahl der durch die Polizei im Landkreis Rotenburg (Wümme) aufgenommenen Straftaten ist im vergangenen Jahr wieder über die 10.000er-Marke geklettert. Seit 2017 konnten die Ermittlerinnen und Ermittler Jahr für Jahr von einem rückläufigen Trend berichten. Nach auslaufender Pandemie kehrte sich diese Entwicklung um. Mit 10.411 Straftaten verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2023 den höchsten Stand seit 10 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr (9.236) ergibt das einen Anstieg um 1.175 Taten und mit 12,72% die höchste Steigerung innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg. Rund zwei Drittel der Straftaten (64,74%) wurden aufgeklärt. Damit liegt die Polizeiinspektion Rotenburg genau im Mittel der letzten 10 Jahre. Von den 4.913 ermittelten Tatverdächtigen waren 3.518 deutscher und 1.395 nichtdeutscher Herkunft. Dies macht eine prozentuale Verteilung von 71,6 zu 28,4% aus.



Wohnungseinbrüche

Ähnlich wie bei der Entwicklung in der gesamten Kriminalstatistik ist auch die Anzahl der Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Waren es 2022 149 Taten, so musste die Polizei 2023 215 Einbrüche aufnehmen. In 70 Fällen blieb es beim Versuch. Von den polizeilich erfassten Einbrüchen konnten 33 aufgeklärt werden. Mit einer Aufklärungsquote von 15,35% liegen die Ermittlerinnen und Ermittler im Landkreis Rotenburg unter den Werten der vergangenen Jahre.

Eigentumskriminalität

Auch die Anzahl der einfachen (1.914) und schweren (1.509) Diebstähle ist im vergangenen Jahr um 25,48% deutlich gestiegen. Die Beamtinnen und Beamten verzeichneten mit insgesamt 3.423 Taten 695 Fälle (+25,48%) mehr als 2022.

Dieser Zuwachs dürfte unter anderem in der Häufung von Ladungsdiebstählen von Lkw entlang der Autobahn A1 begründet sein. Hierbei schlugen auch Taten zu Buche, die sich im Bereich der Polizeiinspektion Harburg ereignet haben, aber aufgrund des sachlichen Zusammenhangs mit hiesigen Taten vom Rotenburger Ermittlungsteam übernommen wurden. Der Fokus der Ermittlerinnen und Ermittler liegt dabei auf überregional und international agierenden Tätergruppierungen.

Betrügereien und Cybercrime

Anders als beim gesamten Straftatenaufkommen musste die Polizei im Landkreis mit 1.367 Taten weniger Betrugsverfahren einleiten. 2022 waren es noch 1.405 Fälle.

Internetbetrügereien, wie zum Beispiel bei privaten Käufen im Netz, spielen immer noch eine große Rolle. So wurden online gekaufte Waren von privaten Anbietern nicht geliefert oder für verkaufte Dinge blieb die vereinbarte Zahlung aus. Aber auch die Übernahme und Manipulation von fremden Computern, Identitätsdiebstahl, Datenmissbrauch und Abo-Fallen beschäftigte die Polizei.

Im Phänomenbereich „Cybertrading“ ist es im vergangenen Jahr zu einem Anstieg von rund 45% gekommen. 2022 hatte die Polizei im Landkreis 22 Fälle registriert, 2023 waren es 32. Die Schadenssumme stieg von 376.000 auf 1.200.000 Euro.

Kinderpornografie

Wie schon in den vergangenen Jahren setzt sich der Trend der deutlichen Fallzahlensteigerung im Bereich der Kinderpornografie weiter fort.

Im Vorjahr verzeichnete die Kriminalstatistik 68 Fälle von Kinder- und 18 Fälle von Jugendpornografie. 2023 stiegen die Zahlen auf 118 Fälle (+74% bei Kinderpornografie) und 24 Fälle (+ 33% bei Jugendpornografie) an.

Der wiederholte Anstieg dürfte nicht auf eine tatsächliche Steigerung der Fallzahlen zurückzuführen zu sein. Vielmehr scheint ein erhöhter Personaleinsatz und die Optimierung technischer Prozesse das Dunkelfeld in diesem Deliktsbereich aufzuhellen. Um die Abläufe auch zukünftig effizient gestalten zu können, beschäftigt sich aktuell eine dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe mit diesem Kriminalitätsphänomen.

Mehr jugendliche Täter

Im Berichtsjahr 2023 waren von den 4.913 ermittelten Tatverdächtigen 761 minderjährig. Das entspricht einem Anteil von 15,49%. Weitere 392 Tatverdächtige (7,98%) zählen zur Altersgruppe der Heranwachsenden. Durch die fortschreitende Rückkehr zur Normalität nach der Zeit mit Corona-Einschränkungen scheinen sich für minderjährige Tatverdächtige vermutlich wieder mehr „Tatgelegenheiten“ zu bieten.

Straftaten durch/gegen Flüchtlinge

Im vergangenen Jahr kam es in der Polizeiinspektion Rotenburg zu 94 Straftaten gegen Flüchtlinge, 386 durch Flüchtlinge und 70 unter Flüchtlingen (alles ohne ausländerrechtliche Verstöße). Die Anzahl der Straftaten gegen Flüchtlinge stieg im Vergleich zum Vorjahr um 54,1% (+33 Taten). Die Zahl der durch Flüchtlinge begangenen Straftaten ist um 34,03% (+ 98 Taten) gestiegen. Die Zahl der Straftaten unter Flüchtlingen blieb in etwa gleich.

Staatschutz

Das Fachkommissariat für den polizeilichen Staatschutz war im vergangenen Jahr mit allen Krisen, die Menschen national und international bewegt haben, beschäftigt.

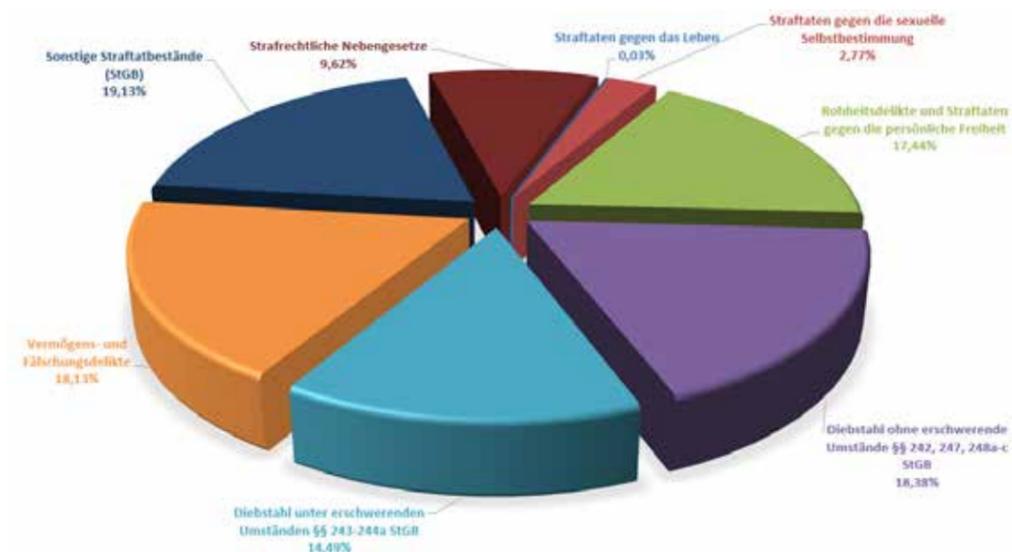
Bereits in den vergangenen Jahren konnte ein deutlicher Anstieg im Bereich des Phänomens der Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern verzeichnet werden. Im Zusammenhang mit dieser Klientel ist es vermehrt zu Einsätzen für die Staatsschützerinnen und Staatsschützer der Rotenburger Polizei gekommen. So wurde im September eine 87-jährigen Reichsbürgerin und Rechtsextremistin inhaftiert, weil sie sich nach ihrer Verurteilung zu einer mehrmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung einer Verhaftung entzogen hatte.

Die offensichtlich zunehmende Unzufriedenheit gegenüber der derzeitigen Politik wird insbesondere in den sozialen Medien sichtbar. Im Internet, aber auch im realen Leben, ist eine Zunahme von Straftaten gegen Politikerinnen und Politiker sowie Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger feststellbar. In diesem Zusammenhang veranstaltete der polizeiliche Staatsschutz im Februar 2023 eine Informationsveranstaltung zur „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern“.

Clankriminalität

Die Clankriminalität stellt die Polizei bereits seit mehreren Jahren vor wachsende Herausforderungen. Sie ist auch im Landkreis Rotenburg (Wümme) ein ernstzunehmendes Problem, das das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung maßgeblich beeinträchtigt. Seit Einführung der Sicherheitspartnerschaft im Jahr 2020, haben die zuständigen Behörden und Institutionen im Landkreis Rotenburg Wümme verschiedene Maßnahmen ergriffen, um der Entwicklung der Clankriminalität entgegenzuwirken. Dazu gehören verstärkte Ermittlungen und Kontrollen, eine enge Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Strafverfolgungsbehörden, Präventionsmaßnahmen und Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung.

„Trotz dieser Bemühungen bleiben Herausforderungen bei der Bekämpfung von Clankriminalität bestehen. Es bedarf weiterer Anstrengungen und einer engen Zusammenarbeit aller relevanten Akteurinnen und Akteure, um das Problem nachhaltig zu lösen und die Sicherheit im Landkreis Rotenburg Wümme zu gewährleisten“, erklärt Katrin Jäger, Leiterin des Zentralen Kriminaldienstes in Rotenburg.



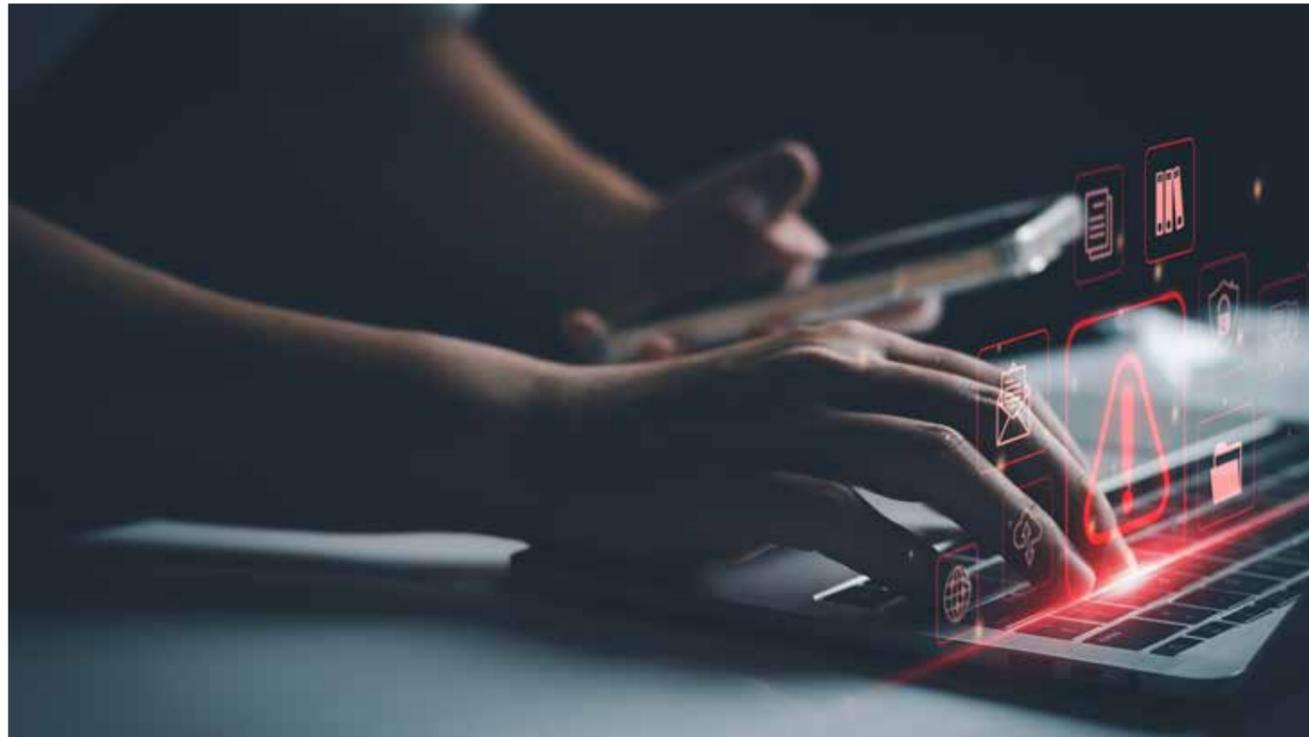
BEKÄMPFUNG DER KINDER- UND JUGENDPORNOGRAFIE

Im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie verzeichnete die Polizeidirektion Lüneburg im Jahr 2023 einen signifikanten Anstieg der Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von kinder- und jugendpornografischen Inhalten. Im Gesamtbereich der PD Lüneburg wurde ein Anstieg von etwa 40% auf 1.005 Fälle registriert (2022: 719 Fälle). Diese Entwicklung verdeutlicht die Dringlichkeit und die Notwendigkeit, dieses Kriminalitätsfeld verstärkt zu bekämpfen.

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie erfordert eine hohe Ermittlungsintensität und eine effiziente Zusammenarbeit der Polizeiinspektionen. Im Jahr 2023 konnte bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie eine Aufklärungsquote von über 94% erreicht werden. Dies unterstreicht den erfolgreichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit großem Engagement der Aufklärung dieser Straftaten widmen.

Die Polizeidirektion Lüneburg analysiert derzeit, unter enger Einbindung der zuständigen Staatsanwaltschaft und des LKA Niedersachsen, im Rahmen der Prozessoptimierung Workflows und entwickelt so langfristige Strategien, um der steigenden Zahl von Ermittlungsverfahren im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie entgegenzuwirken.

Diese Herausforderungen erfordern eine fortlaufende Anpassung und Modernisierung der Ermittlungsmethoden sowie eine ständige Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bekämpfung dieser schwerwiegenden Straftaten gegen Kinder.



PRÄVENTION IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Was bedeutet „Prävention bei der Polizeidirektion Lüneburg“?

In der Polizeidirektion Lüneburg, im Dezernat 11 – Kriminalitätsbekämpfung - wird die Präventionsarbeit für die Polizeiinspektionen koordiniert und mitgestaltet. Das Dezernat 11 stellt außerdem die Schnittstelle zum Landeskriminalamt Niedersachsen, dem dortigen Dezernat Forschung, Prävention und Jugend dar. Diese Aufgabe wird seit dem 01.12.2023 von Lydia Freienberg wahrgenommen.



Drei Fragen an Lydia Freienberg:

Welche präventiven Themen sind aktuell besonders wichtig?

„Ein beunruhigendes Thema sind aktuell die steigenden Fallzahlen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität. Insbesondere bei den bis zu 14jährigen sind die Fallzahlen im Bereich der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich gestiegen. Bei näherer Betrachtung der Delikte kann man erkennen, dass es sich bei den Straftaten der sexuellen Selbstbestimmung um Delikte wie das Verbreiten von Kinder- und Jugendpornografie, bzw. dem Versenden von Nacktbildern von Kindern untereinander handelt. Kinderpornografie, aber auch andere pornografische Inhalte werden häufig in Klassenchats geteilt. Oft werden solche Darstellungen von Kindern und Jugendlichen gedankenlos geteilt oder es fehlt die Sensibilität für die Folgen Anderer, wenn z.B. Nacktbilder weitergeschickt werden.“

Um auf diese Entwicklung präventiv reagieren zu können, arbeiten wir gerade an einer Aktualisierung des Präventionsprojektes „Wir sind stark!“ Ein tolles Projekt, dass in allen sechs Inspektionen der PD Lüneburg bereits seit vielen Jahren durchgeführt wird. In Zusammenarbeit mit Schule werden Schülerinnen und Schüler zwei Tage lang mit den

Themen Gewalt, Zivilcourage und zukünftig auch mit digitaler Gewalt und dem Umgang damit konfrontiert. Die Strafbarkeiten spielen ebenfalls eine große Rolle.

Der Zusammenhalt und das Verständnis für die Bedürfnisse des Anderen werden gestärkt, was zur Verhinderung von Straftaten beitragen kann. Es ist geplant, das Programm auszuweiten und so mehr Kinder in teilnehmenden Schulen in allen Inspektionen zu erreichen.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema ist die Häusliche Gewalt – jede dritte Frau ist einmal in ihrem Leben von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt

betroffen. Häusliche Gewalt beinhaltet alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt. Häufig gehen der körperlichen Gewalt Drohungen, Demütigungen und Beschimpfungen vorher.

Betroffene von häuslicher Gewalt fühlen sich oft in einer ausweglosen Situation und können sich aus dieser alleine nicht befreien. Deshalb benötigen Betroffene von häuslicher Gewalt die Hilfe von außen! In den meisten Fällen nimmt das Umfeld von Betroffenen die Gewalt durchaus wahr, weiß aber nicht, wie es helfen kann. Diese Personen wollen wir stärken und ihnen Möglichkeiten zur Hilfe anbieten! Das kann das Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen oder eben die Polizei. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es durchaus auch häusliche Gewalt gegen Männer gibt. Es ist anzunehmen, dass das Dunkelfeld hier noch größer ist.“

Wo siehst Du Deine Aufgabe aus der Polizeidirektion heraus?

„Ich sehe mich als eine Art Service Point für die Präventionen und Präventoren in den Polizeiinspektionen und bin für Themen, Probleme und Ideen rund um die Prävention



immer ansprechbar. Ich möchte die Polizeiinspektionen bei ihrer präventiven Arbeit unterstützen und auch selbst Projekte entwickeln und vorantreiben.

Das gilt ebenso für Netzwerke in den Fachkommissariaten, die sich mit Jugendkriminalität und Gewaltdelikten zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Ich sehe mich auch als Schnittstelle zum LKA und möchte Informationen von dort transparent in die Inspektionen tragen.“

Was wünschst Du Dir zukünftig für den Bereich der Prävention in der PD Lüneburg?

„Ich bin der Meinung, dass wir mehr digitale Formate brauchen, um mehr Menschen mit verschiedenen Präventionsthemen zu erreichen.

Grundsätzlich wünsche ich mir, dass die Präventionsarbeit noch mehr Wertschätzung erfährt. In den Inspektionen sind viele engagierte Kolleginnen und Kollegen in der Prävention

unterwegs. Damit meine ich die Präventionsteams, aber auch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter Prävention, die Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte und natürlich auch die Präventionspuppenbühne der PD.“



DAS PRÄVENTIONSTEAM DER POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG

Ihre Ansprechpersonen

Kriminalhauptkommissarin Ute Schwiebert
Beauftragte für Jugendsachen

Tel. 04261 947 - 107
praevention@pi-row.polizei.niedersachsen.de

Polizeihauptkommissar Fred Krüger
Beauftragter für Kriminalprävention

Tel. 04261 947 - 108
praevention@pi-row.polizei.niedersachsen.de

Kriminaloberkommissar Tobias Koch
Kontaktbereichsbeamter

Tel. 04261 947 - 111
praevention@pi-row.polizei.niedersachsen.de

Polizeihauptkommissar Christoph Steinke
Verkehrssicherheitsberater

Tel. 04261 947 - 109
praevention@pi-row.polizei.niedersachsen.de



Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Rotenburg ist direkt an die Dienststellenleitung angebunden. Es besteht aus:

- Ute Schwiebert (Beauftragte für Jugendsachen)
- Fred Krüger (Beauftragter für Kriminalprävention)
- Christoph Steinke (Verkehrssicherheitsberater)
- Tobias Koch (Kontaktbereichsbeamter)

Zusammen mit den beiden Kontaktbereichsbeamten der Polizeikommissariate Zeven und Bremervörde Rolf Meyer und Dieter Wellbrock wird von ihnen die polizeiliche Präven-

tionsarbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme) koordiniert und durchgeführt.

Unterstützung erhalten diese „hauptamtlichen Präventio-ner“ aber auch von anderen Kolleginnen und Kollegen, die bei verschiedenen Projekten und Präventionskampagnen mitwirken.

Die **Kriminalprävention** richtet sich inhaltlich sehr stark an den aktuellen Kriminalitätsphänomenen aus. Kernaufgabe ist die Aufklärung der Bevölkerung über Kriminalitätsrisiken.

Kontaktbereichsbeamte



Polizeikommissariat Zeven
Polizeihauptkommissar
Rolf Meyer
Tel. 04281/9592-130
rolf.meyer@
polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat
Bremervörde
Polizeihauptkommissar
Dieter Wellbrock
Tel. 04761/7489-130
dieter.wellbrock@
polizei.niedersachsen.de





Neben den Betrugsmaschen „Enkeltrick“ und „Falscher Polizeibeamter“ liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs.

Bei der Prävention im Kinder- und Jugendbereich setzt die Polizeiinspektion Rotenburg auf eine intensive Zusammenarbeit mit den Schulen. Herauszuheben ist das Gewaltpräventionsprojekt „Wir sind stark“. Hier unterrichten Polizisten und Lehrer gemeinsam als Team in Schulklassen. Die Schülerinnen und Schüler lernen, wie sie sich in Gefahrensituationen verhalten sollen. Sie werden motiviert sich für die Gruppe einzusetzen und damit Zivilcourage täglich zu leben.

Dass eine gute Vernetzung für die polizeiliche Prävention essentiell ist, zeigt auch ein Projekt aus der Verkehrssicherheitsarbeit. In Kooperation mit den Verkehrswachen im Landkreis Rotenburg, konnte das Projekt „Fit im Auto“ etabliert werden. Das Fahrtraining bietet Senioren ab 65 Jahren die Möglichkeit, das eigene Können hinterm Steuer praktisch zu testen, gemeinsam mit Experten zu hinterfragen und sich Tipps zu holen. Auch eine Auffrischung der aktuellen Verkehrsregeln gehört dazu. Fit im Auto wird seit dem Jahr 2015 durchgeführt.



Herausragend für die polizeiliche Präventionsarbeit im Landkreis Rotenburg ist der jährlich wiederkehrende Präventionsfachtag. Die Veranstaltung wird mit großem Engagement vom Präventionsteam organisiert und ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil in der Präventionslandschaft geworden (siehe nebenstehenden Bericht).

Rotenburger Präventionsfachtag

Der „Rotenburger Fachtag – Prävention vor Ort“ ist für viele, die beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, schon seit Jahren ein wichtiger Termin. Die Polizeiinspektion Rotenburg veranstaltet in Kooperation mit dem Interdisziplinären Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit des Agaplesion Diakoniekrankenhauses Rotenburg jährlich wiederkehrend diese Tagung.

Bereits seit 2005 werden bei der Fachtagung bestehende regionale Präventionsprojekte vorgestellt und den Besuchern damit auch ganz praktische Möglichkeiten für „Prävention vor Ort“ gegeben. Die Fachtagungen sind damit auch ein Beispiel für das umfangreiche Präventionsnetzwerk im Landkreis Rotenburg.

Dass der Rotenburger Fachtag mittlerweile aber auch über die Grenzen des Landkreises hinaus einen hohen Stellenwert hat, zeigen die namhaften Referenten, die alle Jahre wieder das Fachpublikum informieren.



In den vergangenen Jahren wurden aktuelle Themen, wie „Cybermobbing“, „Integration“, „Radikalisierung“, oder wie zuletzt 2023 „Legalisierung von Cannabis“ erörtert und diskutiert, aber auch Lösungsmöglichkeiten für die vielfältigen Problemstellungen aufgezeigt. Hierbei konnten polizeiliche Präventionsprojekte vorgestellt und beworben werden.

Jahr	Titel	Thema
2005	"Ich sehe was, was du nicht siehst"	Sexueller Missbrauch
2006	"Prävention vor Ort"	Präventionsprojekte im LK Rotenburg
2007	"Medienalltag von Kindern und Jugendlichen"	Medienkompetenz
2008	"Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen"	Gewalt
2009	"Da guckst du!"	Integration
2010	"Für Zivilcourage und gegen Gewalt"	Zivilcourage
2011	"Achtung - Mobbing"	Mobbing
2012	"in's Netz gegangen..."	Medienkompetenz
2013	"Prävention von A-Z"	Verschiedene Präventionsthemen
2014	"Was Kinder stark macht"	Sexueller Missbrauch
2015	"Cybermobbing"	Cybermobbing
2016	"Integration ist die beste Prävention"	Integration
2017	"Fly sein"	Alltag unserer Kinder und Jugendlichen
2018	"Wer bin ich"	Gefahr von Radikalisierung
2019	"Digitale Gewalt im Kinderzimmer"	Cybermobbing 2.0
20/21	pandemiebedingt kein Veranstaltung	
2022	"Kinderschutz geht uns alle an"	Kindesmissbrauch
2023	"Cannabiskonsum bei Jugendlichen"	Legalisierung von Cannabis



SACHGEBIET COLD CASE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Aufklärungsquote der Polizei bei Tötungsdelikten und Morden ist so hoch wie in keinem anderen Bereich der Kriminalität. Im Jahr 2023 betrug die Aufklärungsquote der Polizeidirektion Lüneburg 90%.

Dennoch gibt es im Laufe der Zeit auch immer wieder einzelne Fälle, welche auch nach akribischen und umfangreichen Ermittlungen nicht gelöst werden können. Sind die Ermittlungsansätze vorerst ausgeschöpft, werden die Ermittlungen vorläufig eingestellt.

Doch auch nach vielen Jahren werden solche Fälle hinsichtlich neuer Erkenntnisse oder aufgrund von Fortschritten in der Forensik neu betrachtet. Denn auch wenn die Fälle oft Jahrzehnte zurückliegen, Mord verjährt nicht und Opferhinterbliebene leiden all die Jahre unter der ungeklärten Tat.

Die fachspezifische Fortbildung der niedersächsischen Polizei zur strukturierten Bearbeitung von Cold Cases ist daher von herausragender Bedeutung. In einer Zeit, in der die Aufklärung ungeklärter Tötungsdelikte und Vermisstenfälle nicht nur eine moralische, Verpflichtung, bzw. einen gesetzlichen Auftrag darstellt, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zum Sicherheitsempfinden unserer Gesellschaft leistet, ist auch der gezielten Wissensvermittlung zur besonderen Ermittlungsarbeit in Cold Cases von hohem Gewicht.

Das Sachgebiet Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg wurde im Jahr 2019 ursprünglich als Modellversuch eingerichtet. Ziel der Organisationseinheit ist die einheitliche Erfassung und strukturierte Bearbeitung der Cold Cases im Zuständigkeitsbereich.

Zwei bekannte Ermittlungsgruppen, die „EG Iterum“, welche sich mit dem Verschwinden von Birgit Meier aus dem Jahr

1989 beschäftigte sowie die „EG Göhrde“, die die zwei Doppelmorde an einem Ehepaar und einem Liebespaar, ebenfalls im Jahr 1989, untersuchte, gingen in dem heutigen Sachgebiet Cold Case auf.

Das Team besteht aus insgesamt sechs Ermittlerinnen und Ermittlern mit unterschiedlicher Expertise und Ermittlungsschwerpunkten.

Neben der grundsätzlich anspruchsvollen Ermittlungstätigkeit im Bereich der Tötungsdelikte und Vermisstenfälle besteht die Aufgabe des Sachgebiets der Polizeidirektion Lüneburg auch in der Teilnahme, eigener Entwicklung und Durchführung von Fortbildungskonzepten zur strukturierten Fallbearbeitung, der Pflege eines bundesweiten Netzwerks staatlicher Ermittlungsbehörden, Zusammenarbeit mit externen Institutionen und Fachlichkeiten (bspw. Archive, Rechtsmedizin, Archäologie), der Erarbeitung und Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten sowie der Befassung mit künstlicher Intelligenz als Mehrwert für polizeiliche Ermittlungen.

Aufgrund eines hohen medialen Interesses an Cold Cases arbeitet das Sachgebiet auch proaktiv mit Medienvertretenden und Produktionsfirmen zusammen.

Durch Presseaufrufe und die Darstellung der Ermittlungstätigkeiten und der einzelnen Fälle ist es bereits vielfach gelungen, Hinweise aus der Bevölkerung zu erhalten und so neue Ermittlungsansätze zu generieren.

Das Sachgebiet Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg ist auch über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus eine renommierte und etablierte Cold-Case-Unit mit profundem Erfahrungsschatz und hat sich nach erfolgreicher Pilotierung fest in der Organisation etabliert.



BUNDESWEITE FACHTAGUNG COLD CASE

„Mord verjährt nicht und Opfer werden nicht vergessen, solange sich jemand kümmert!“

Unter Federführung des Sachgebiets Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg fand am 19. und 20. September 2023 eine bundesweite Fachtagung rund um ungelöste Tötungen und Vermisstenfälle aus dem gesamten Bundesgebiet in den Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Lüneburg-Mitte statt.

Insgesamt 90 Teilnehmende mit fachlicher Expertise aus Polizeibehörden von zwölf Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt), Landeskriminalämtern, dem Bundeskriminalamt sowie externe Referenten aus den Bereichen Archäologie und Archivführung fanden sich zu dieser Art des Netzwerktreffens zusammen.

Polizeipräsident Thomas Ring eröffnete die Tagung und drückte hierbei vor allem seine Wertschätzung der Mitarbeitenden in den jeweiligen Einheiten der Cold Case-Ermittlung aus:

„Die Aufklärungsquote bei Straftaten gegen das Leben ist bundesweit höher als in allen anderen Deliktbereichen. Doch nicht jede Tötung, nicht jeder Vermisstenfall kann aufgeklärt werden. Einige Fälle werden nach Jahren der Ermittlungsarbeit zu sogenannten Cold Cases. Wir als Polizei dürfen jedoch auch nach Jahrzehnten nichts unversucht lassen, Täterinnen und Täter zu ermitteln und Opferhinterbliebenen Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen zu geben.“

Ich bin stolz auf die Arbeit unseres Sachgebiets und darauf, dass unsere Direktion eine solch hochqualitative Fachtagung ausrichtet. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Beteiligten.“

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Vorträge über unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten in der Ermittlungsarbeit, besondere An- und Herausforderungen bei der Ermittlung in weit zurückliegenden Fällen, moderne Technologien der Kriminalistik und Kriminaltechnik sowie innovative und einzigartige Arbeitsschritte und Ermittlungsmethoden, welche in einzelnen Fällen zu Erfolgen in der Cold Case Bearbeitung geführt haben.

Abgerundet wurde die Konferenz mit einem Vortrag zur Nutzung von künstlicher Intelligenz im Bereich der Cold Case-Ermittlungen der Niederländischen Polizei aus Rotterdam.

Hauptorganisator und Leiter des Lüneburger Sachgebiets Cold Case, Thilo Speich, sagte abschließend:

„Neben der Vernetzung über die Grenzen der eigenen Zuständigkeiten hinaus, ist es uns und den Teilnehmenden im Rahmen des zweitägigen Austauschs im Sinne von „best practice“ gelungen, viele Eindrücke und Denkanstöße für die eigene Ermittlungsarbeit zu generieren. Mit unserem Austausch möchten wir vor allem aber auch ein deutliches Zeichen senden: Mord verjährt nicht und Opfer werden nicht vergessen, solange sich jemand kümmert!“



POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

Die Aufgabe des polizeilichen Staatsschutzes beinhaltet die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK).

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements gerichtet sind bzw. aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o.g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.

Je nach Tatmotivation lassen sich Politisch motivierte Straftaten unterschiedlichen Phänomenbereichen zuordnen: PMK -rechts, -links, -religiöse Ideologie und -ausländische Ideologie.

In den letzten Jahren traten überdies neue Erscheinungsformen der Politisch motivierten Kriminalität hinzu, die sich nicht trennscharf einer der oben genannten Ausprägungen zuordnen ließen. Hier spricht man von der Politisch motivierten Kriminalität – sonstige Zuordnung.

Umgang mit Verschwörungstheorien

Der polizeiliche Staatsschutz ist neben der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität auch für die Bekämpfung von Verschwörungstheorien zuständig.

Verschwörungstheorien sind im Zusammenhang mit den zu bewältigenden Krisen wie die Pandemie und der russische Angriffskrieg in der Ukraine vermehrt in den Fokus gerückt.

Gruselgeschichten von Zwangsimpfungen, implantierten Mikrochips, Chemtrails, Reptiloiden etc. können in der Bevölkerung für Verunsicherung sorgen.

Für Verschwörungstheoretiker gibt es keine Zufälle. Verschwörungstheorien bieten vermeintliche Lösungen zu komplexen Themen unserer Gesellschaft.

In Krisenzeiten sind Menschen, die sich in schwierigen Lebensphasen hilflos fühlen, empfänglich für Verschwörungstheorien. Oftmals wird diese Hilflosigkeit durch aktuelle Ereignisse in der Welt, auf die sie keinen Einfluss haben, hervorgerufen. Zu komplexen Fragestellungen finden Verschwörungstheoretiker oftmals einfache „Erklärungen“ und erkennen darin einen Sinn. Zudem erfahren sie mit Gleichgesinnten das positive Gefühl, Teil einer verschworenen Gruppe zu sein. Mit ihrem Selbstbild, sehen sie eine Rechtfertigung für ihre Aktivitäten, was nicht selten in strafbaren Handlungen mündet.

Jemand aus meinem Umfeld glaubt an Verschwörungstheorien – was kann man tun?

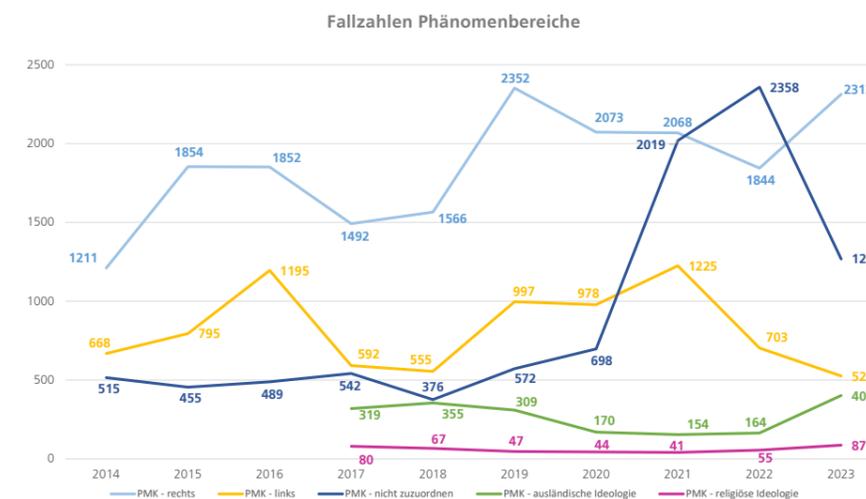
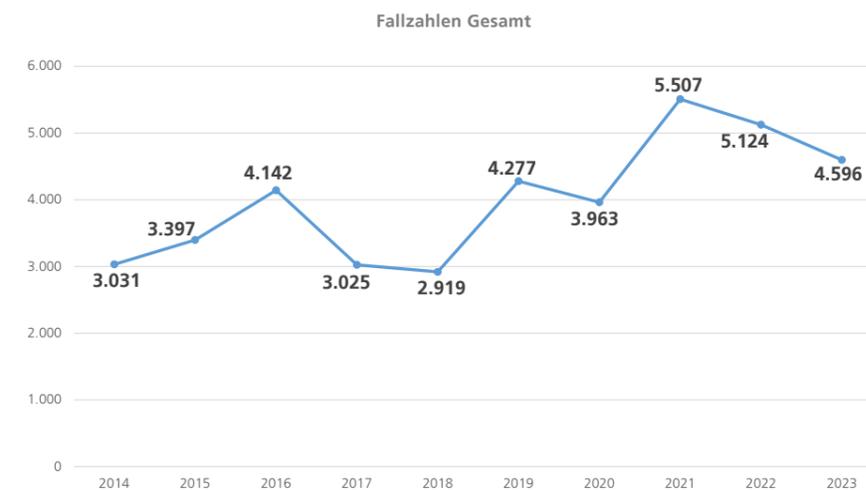
Bitte nehmen Sie die Aussagen bewusst wahr, ohne sie zu kommentieren. Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, sind mit rationalen Argumenten nur schwer zu überzeugen. Fakten werden ignoriert und Sie werden selbst als Teil der Verschwörung erklärt. Besser ist es Fragen zu stellen, die zum Nachdenken anregen:

Woher stammen die Informationen? Wer ist Verfasser? Hat die Internetseite ein Impressum? Berichten auch andere Medien, Zeitungen, Internetseiten davon?

Bitte teilen Sie die Inhalte von Verschwörungstheorien nicht, um dem Thema so nicht weitere Aufmerksamkeit zuzuführen.

Strafrechtlich relevante Verhaltensweisen, Gefährdungssachverhalte oder Ordnungswidrigkeiten sollten konsequent der Polizei oder sonstigen Behörden gemeldet werden.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT IN NIEDERSACHSEN



UMZUG DES POLIZEIKOMMISSARIATS ZEVEN

Nach 4 Jahren der Planung und Durchführung war es am 16. Januar 2024 endlich soweit: Die Polizei in Zeven zog von der Lindenstraße in das neue Polizeikommissariat – „Auf den Diekackern 1“. Etwa 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten hier ab sofort. Einige von ihnen haben über 30 Jahre im nostalgischen Dienstgebäude an der Lindenstraße 9 verbracht.

„Für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich auch für mich geht ein Traum in Erfüllung“, freut sich die Leiterin des Polizeikommissariats, Erste Kriminalhauptkommissarin Andrea Schürmann. Künftig kann die Zevenener Polizei im neuen Dienstgebäude auf modernste Polizeitechnik zurückgreifen. So wurden im neugestaltete Wachbereich des Einsatz- und Streifendienstes, dem Herzstück des Kommissariats, viele gewünschte Sicherheitsaspekte berücksichtigt. „Die Menschen dieser Region können sich, wenn sie in Not geraten sind oder einfach nur eine Hilfestellung benötigen, weiter auf uns verlassen und sich jederzeit an uns wenden“, umschreibt Schürmann ihre persönlichen Gedanken mit Blick auf den Umzug. Auch Inspektionsleiter, Polizeidirektor Jörg Wesemann, ist mit dieser Entwicklung in seiner Heimatstadt Zeven und der Inspektion Rotenburg mehr als zufrieden: „Ich habe über viele Jahre im alten Dienstgebäude gearbeitet. Mit diesem Umzug sind wir als Polizei im Landkreis Rotenburg insgesamt sehr gut aufgestellt.“

Merkmale des neuen Dienstgebäudes

- Das neue Dienstgebäude ist zentral im Zevenener Stadtgebiet gelegen → an der Umgehungsstraße „Kivinanstraße“
- Nutzfläche von 1390 qm² (vorher ca. 950 qm²); Grundstücksfläche ca. 1900 qm²
- Neugestaltung des Wachbereichs des Einsatz- und Streifendienstes insbesondere unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten und Funktionalität
- Büro- und Vernehmungsräume des Kriminal- und Ermittlungsdienstes
- spezielle Räume für die kriminalistische Spurensicherung
- einen separat geschaffenen Gewahrsamsbereich mit zwei Gewahrsamszellen
- Barrierefreies Gebäude (mit rollstuhlgerechtem Aufzug)
- Bei dem Neubau kommt auch der Umweltschutz nicht zu kurz

- energetisch hochwertige Gebäudehülle nach KfW 55-Standards
- Massive Bauweise mit Wärmedämmverbundsystem
- Begrünte Terrassen
- Regenwasserversickerung mit Pufferspeicher
- Für die Dienstfahrzeuge werden E-Ladestationen bereit stehen

Wir haben mit der Sparkasse ROW/OHZ den besten Vermieter erhalten, den man sich als Polizei vorstellen kann → seriös und kompetent; das gemeinsam von der Sparkasse und Polizei erarbeitete Motto „Gemeinsam für Ihre Sicherheit“ trifft es nach wie vor am Besten.

Für die Kolleginnen und Kollegen des PK Zeven geht ein Traum in Erfüllung und wir begreifen den Umzug in das neue Dienstgebäude mit sehr viel Demut und Respekt und wünschen uns, dass die Menschen dieser Region sich jederzeit an uns wenden, wenn sie in Not geraten sind oder einfach nur eine Hilfestellung benötigen.



NEUES BZW. ALTES DIENSTGEBÄUDE FÜR DEN ZENTRALEN KRIMINALDIENST DER PI ROTENBURG

Die Polizei im Herzen der Stadt

Nach einigen Jahren am Pferdemarkt packte der Zentrale Kriminaldienst der Polizeiinspektion Rotenburg Anfang Juli 2023 die Umzugskartons und bezog die neuen und gleichzeitig alten Räumlichkeiten in der Großen Straße über der Sparkasse. Nach einer Kernsanierung erstrahlen die Büros in neuem Glanz und bieten eine moderne Arbeitsatmosphäre. An dieser Adresse der Polizei wird man jedoch nur auf Einladung empfangen. Die Anzeigenaufnahme befindet sich nach wie vor in der Königsberger Straße. Auch bestimmte Bereiche des Zentralen Kriminaldienstes, wie z.B. die Asservaten- und Aktenverwaltung oder die Kriminaltechnik sind am Hauptstandort der Inspektion verortet.



„Die Aufteilung der Inspektion auf zwei Standorte innerhalb Rotenburgs stellt uns manchmal schon vor Herausforderungen und erfordert besonders viel Flexibilität von allen Arbeitsbereichen. Dennoch lässt sich am Standort mitten in der Innenstadt die Arbeit gut mit dem Leben verbinden. So ist der Weg zum Wochenmarkt z.B. nicht weit und die Mittagspause wird auch mal außerhalb des Büros verbracht.“, so die Leiterin des Zentralen Kriminaldienstes, Katrin Jäger.



EINSATZ

DIE ABTEILUNG LEINE DORA DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Einheiten der Bereitschaftspolizei und die Aufrufeinheiten der Polizeidirektionen sind Teile der konzeptionell strukturierten Landeseinsatzorganisation „Leine“ (kurz: LEO Leine). Sie bewältigen jährlich zahlreiche Einsatzlagen, die den Einsatz einer Vielzahl von Polizeibeamtinnen und -beamten erforderlich machen. Dies sind unter anderem Großveranstaltungen (wie z.B. Fußballspiele oder Festivals), Versammlungslagen oder auch Staatsbesuche.

Neben den zwei Abteilungsführungsgruppen und sieben Bereitschaftspolizeihundertschaften der Zentralen Polizeidirektion hat das Land Niedersachsen in allen Flächendirektionen zusätzliche Aufrufeinheiten aufgestellt.

Bei der Abteilung DORA handelt es sich um die Aufrufeinheit der Polizeidirektion Lüneburg, welche sich anteilig aus dem Personal der sechs Polizeiinspektionen zusammensetzt.

Sie besteht aus einer Abteilungsführungsgruppe, zwei Einsatzhundertschaften (unterteilt in Züge), einer Diensthund-

führerstaffel, einer Ermittlungskommission sowie einer Fahndungs- und Aufklärungskommission.

Die Einsatzkräfte werden, wenn es erforderlich ist, abhängig von Einsatzanlass und Bedarf, geschlossen oder als Teileinheiten eingesetzt. Dafür werden sie aus ihrem normalen Alltagsdienst herausgelöst. Für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Abteilung DORA bilden sie sich darüber hinaus regelmäßig fort.

Einsätze 2023

Im Jahr 2023 waren die Hundertschaften der Abteilung DORA bei beiden Niedersachsenderbys zwischen Eintracht Braunschweig und Hannover 96 eingesetzt. Außerdem unterstützen sie bei Einsätzen anlässlich versammlungsrechtlicher Aktionen in Göttingen im April und im August 2023 in Celle.

Weitere kleinere Einsatzlagen konnten durch Einsatzkräfte in Zugstärke (ca. 30 Beamte) bewältigt werden.



DIE DIENSTHUNDFÜHRER DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Die Diensthundführer (DHF) der Polizeidirektion Lüneburg sind dem Dezernat 12 angegliedert. Dort direkt angebunden sitzt die Staffelleitung und koordiniert den Einsatz und die Belange der DHF.

Die einzelnen Diensthundführergruppen (DHFG) sind im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg verteilt. Sie befinden sich in Celle, Lüneburg und Stade. Um flächendeckend den Einsatz und die Verfügbarkeit von DHF zu gewährleisten, sind die einzelnen Landkreise unter den DHFG aufgeteilt. So betreut die DHFG Celle die Landkreise Celle und Heidekreis, die DHFG Lüneburg die Landkreise Lüneburg und Harburg und die DHFG Stade die Landkreise Stade und Rotenburg.

Die DHF sind eine sog. Bedarfsdienststelle und versehen ihren Dienst im Staffelforbund im Schichtdienst (Früh-/Spät-/Nachtdienst). Jede Gruppe hat einmal in der Woche ihren festen Ausbildungstag und ist an diesem Tag von Diensten freigestellt, um den hohen Ausbildungsstand und die Einsatzfähigkeit der Diensthunde zu gewährleisten. Anforderungen, insbesondere im Spezialhundbereich, werden in Anlehnung an die Aufteilung der Landkreise von den Diensthundführergruppen bedient.

Als Besonderheit vervollständigen und unterstützen uns die Personenspürhunde (PSH), die als Landesprojekt und damit einmalige Gruppe in Niedersachsen der PD Lüneburg, am Standort Celle, angegliedert wurden. Kernaufgaben der PSH sind die Suche nach Personen über deren Individualgeruch sowie die Wegstreckenrekonstruktion. Unsere PSH werden über die Staffelleitung oder die Kooperative Leitstelle Lüneburg (KLL) angefordert. Sie versehen grundsätzlich Tagesdienst von 8-16 Uhr und Rufbereitschaften am Wochenende.

Unsere DHF erhalten ihre Diensthunde (DH) als Welpen im Alter von gut 8 Wochen aufwärts. Die Ausbildung zum DH

beginnt sofort und wird dem Alter entsprechend gestaltet. Unsere DH werden in den drei Bereichen Nasenarbeit, Gehorsam und Schutzdienst ausgebildet. Die Ausbildung zum DH dauert etwa 18 Monate und endet mit dem Ablegen der sog. Zulassungsprüfung (ZP). Ab diesem Zeitpunkt darf das Team (DHF/DH) polizeiliche Einsatzlagen bewältigen. Neben der stetigen Erhaltung der Einsatzfähigkeit ihrer DH, nehmen die DHF im Folgenden an der sog. Eignungsüberprüfung für Spezialhunde teil. Hier wird geprüft für welchen Bereich sich die Nase der DH am besten eignet (Rauschgift-, Bargeld-, Sprengstoff- Brandmittel-, Leichen-, Datenträger-spürhunde). Der Lehrgang zum Spürhund dauert zwischen 10 und 11 Wochen. Anschließend erhalten die DH neben ihrer Bezeichnung als „Schutzhund“ das Prädikat „Spezialhund“. Die gesamte Ausbildung vom Welpen bis zum Spezialhund dauert gut 2 Jahre. Nach 8-10 Jahren aktiver Dienstzeit für die Polizei, werden unsere treuen Partner pensioniert und bleiben in den allermeisten Fällen bei ihren DHF, um dort ihr Pensionärsdasein zu genießen.



DAS HURRICANE-FESTIVAL IN SCHEEßEL



Größter Polizeieinsatz in der Polizeidirektion Lüneburg

Das Hurricane-Festival ist ein seit 1997 auf der Motorrad-Sandrennbahn Eichenring bei Scheeßel stattfindendes Musikfestival. Mit mehr als 70.000 Besuchern zählt es zu den größten Festivals in Deutschland. Gleichzeitig mit dem „Schwesterfestival“ Southside wird es jeweils im Juni von der FKP Scorpio Konzertproduktionen GmbH veranstaltet. Bedingt durch die Lage in Norddeutschland traf man anfangs neben Besuchern aus ganz Deutschland vor allem Menschen aus England, den Niederlanden und den Nordischen Ländern. Wegen der steigenden Beliebtheit des Festivals finden mittlerweile Menschen aus aller Welt im Juni den Weg nach Scheeßel.

Aufgrund der seit 1997 stetig anwachsenden Besucherzahlen wuchs gleichermaßen auch der Einsatzbereich der Polizeiinspektion Rotenburg, die das Festival seit dem ersten Event vor 24 Jahren eng begleitet. Die Festivaltage am Eichenring haben sich seit den letzten Castoreinsätzen zum größten Polizeieinsatz innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg entwickelt.

Ein kurzer Blick zurück - Vorgängerfestivals 1973 und 1977

Bereits am 8. und 9. September 1973 fand unter dem Titel „Es rockt in der Heide“ das erste Festival in Scheeßel statt. Es war eine Veranstaltung mit vielen, damals sehr bekannten Größen der Rockmusik.

Beim darauffolgenden „First Rider Open Air“ vier Jahre später kam es zu einem handfesten Eklat. Der Veranstalter,

dem im Laufe der Planung des Festivals klar wurde, dass er nicht alle Bands bezahlen konnte, brannte mit einem Teil der Festivalkasse durch. Einige der angekündigten Bands kamen gar nicht erst nach Scheeßel. Gespielt wurde am 3. und 4. September 1977 aber doch. Als die noch anwesende letzte Band mit ihrem Auftritt die Veranstaltung beendet hatte, gingen auf der Bühne bis auf eine Notbeleuchtung die Lichter aus. Die als Ordner engagierten Mitglieder einer Rockergruppierung hatten ihren Dienst bereits lange vorher wegen fehlender Entlohnung eingestellt. Betrogene Musikfans und um ihren Verdienst geprellte Ordner setzten die Bühne und die Wohnwagen der Organisatoren in Brand. Equipment und Instrumente wurden zerstört. Herabfallende Teile der brennenden Bühne verletzten mehrere Menschen. Sie mussten vom Rettungsdienst versorgt werden. Der Sachschaden belief sich damals auf rund 1,5 Millionen Mark. Auf Betreiben des damaligen Bürgermeisters fanden danach die Rock-Festivals in Scheeßel ein vorläufiges Ende.

Neustart auf dem Eichenring 1997 mit fester Polizeieinsatzleitung

1997 wurde unter der Regie eines neuen Bürgermeisters mit dem ersten Hurricane-Festival des Veranstalters FKP Scorpio Konzertproduktionen GmbH die musikalische Tradition des Ortes fortgesetzt.

Beginnend mit dem ersten Hurricane-Festival war die Polizeiinspektion Rotenburg bei der Festival- und Einsatzplanung mit im Boot. Über viele Jahre hat sich in der großen Gruppe der Organisatoren ein enges Arbeitsverhältnis gebildet, dem es zu verdanken ist, dass drohendes Unheil während der Veranstaltungstage gemeinsam abgewendet werden konnte.



Einsatzleiter Jörg Wesemann gibt Polizeipräsident Thomas Ring einen Überblick über die Einsatzzentrale

Hurricane-Kriminalitätsstatistik 2010 bis 2023

Straftaten	2023	2022	Corona-Pause									
			2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
gesamt	185	155	206	334	158	150	154	318	348	236	423	473
aufgeklärt	97	78	131	115	71	49	51	86	100	70		
Quote	52,48 %	50,32 %	63,59 %	34,43 %	44,94 %	32,87 %	33,12 %	27,40 %	28,74 %	29,86 %		
Diebstähle	33	43	39	115	56	53	60	137	98	98	148	126
Taschendiebstähle	1	9	18	106	23	34	14	68	97	27	30	97
schwerer Diebstahl	2	4	2	11	10	3	7	23	9	10	20	23
Diebstahl aus Kfz	3	3	3	4	3	3	5	15	14	14	29	15
Rauschgiftdelikte	74	48	34	11	5	4	6	8	22	24	84	86
Betrug	35	1	45	20	8	7	2	5	0	1	35	79
Körperverletzungen	7	17	10	9	16	12	21	23	34	17	22	19
Sachbeschädigung	5	3	5	13	2	6	11	13	15	9	10	11

Mit nachfolgenden Problemen hatten vor allem die Sicherheitsbehörden rückblickend zu kämpfen:

- Witterungsbedingte Dehydrierung zahlreicher Festivalteilnehmer auf Grund anhaltender Hitzewelle (1998)
- Größere Staubbildungen mit stundenlangen Wartezeiten während der Anreisephase (1999)
- Nächtliche Randalen durch hunderte krawallgeneigte Festivalbesucher aus dem Raum Hamburg anlässlich des Auftritts der „Toten Hosen“ (2001)
- Massenandrang mit Gitterbruch und Verletzten (2005)
- Witterungsbedingter Abbruch des Bühnenprogramms auf Grund von Unwetter mit Sturm (2006)
- Massenandrang und Überfüllung der Zeltbahnen (2010) u.a. anlässlich des Auftritts der Gruppe „Frittenbude“
- Größere Staubbildungen nach Überschwemmung der

Parkplätze aufgrund von Starkregen und Gewitter am Anreisetag (2013)

- Witterungsbedingter Abbruch des Bühnenprogramms mit einhergehender Evakuierung des Infields auf Grund von Starkregen und Gewitter, einhergehend mit einer Auflösung mehrerer Nutzflächen, was zu Problemen bei der Abreise von PKW führte (2016).

Aufgrund der terroristischen Anschläge während der Musikveranstaltungen im Bataclan-Theater in Paris im November 2015 und in der Manchester Arena 2017 ist zudem die Gefährdungseinschätzung für Massenveranstaltungen bei Konzerten im Hinblick auf den islamistischen Terrorismus ein fester Bestandteil der Vorbereitungen des Polizeieinsatzes geworden.



Aus der Erfahrung von über zwanzig Festivals hat sich bis heute eine Koordinations- und Lenkungsgruppe zur Gefahrenabwehr gebildet. Sie setzt sich zusammen aus einer Vertretung der Landespolizei, dem Veranstaltungsleiter, einer Vertretung der Ordnungsbehörde, dem Leitenden Notarzt, der Leitung der zuständigen Feuerwehr, der Leitung des Sanitätsdienstes und der Leitung des Ordnungsdienstes (weitere Teilnehmer nach Bedarf). Diese Gruppe trifft sich während des Festivals mindestens einmal täglich.



Von Donnerstag bis Montag sind jeweils etwa 300 Einsatzkräfte der Landespolizei am Tag und in der Nacht rund um den Eichenring im Einsatz.

Die Polizeiinspektion Rotenburg hat für diese Tage eine feste Zentrale mit modernster Technik direkt auf dem Veranstaltungsgelände eingerichtet. Über viele Jahre befand sich die Einsatzleitung in einer kleinen Holzbarrake am ehemaligen Fahrerlager. Mit dem Umzug 2017 fand der Einsatzstab der Polizei nun deutlich verbesserte Rahmenbedingungen vor.

Beginnend mit der Anreise am Donnerstag und Freitag und endend mit der Abreise am Sonntag und Montag wird der Verkehr in und aus Richtung Festivalgelände an festen und mobilen Kontrollstellen überwacht. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf die Überprüfung der Fahrtüchtigkeit der Festivalbesucher. Dabei setzt die PI Rotenburg vor allem Experten für Drogenerkennung aus den eigenen Reihen und vom Zoll ein.

Die Bundespolizei trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit im Bahnverkehr mit den Schwerpunkten „Bahnstrecke Bremen-Hamburg“ und „Bahnhof Scheeßel“ in eigener Zuständigkeit.

Zusätzlich setzt der Veranstalter rund eintausend Sicherheits- und Ordnungskräfte ein.

Der Landkreis Rotenburg und das Deutsche Rote Kreuz betreiben einen verstärkten Rettungs- und Sanitätsdienst.

Unter der Einrichtung einer mobilen Rettungswache sowie weiterer Verbandsplätze, gewährleisten Notärzte und Sanitätskräfte eine medizinische Erstversorgung vor Ort.

Während des Festivals begleitet die Polizeiinspektion Rotenburg mit einem eigenen Social Media Team die Veranstaltung auf ihren Kanälen.

Zum Ende des Festivals resümiert der Sprecher der PI im Rahmen einer Pressekonferenz, an der alle Vertreter der verantwortlichen Organisationen teilnehmen, über den Verlauf der Veranstaltung und die Kriminalitätsslage.

Jährlich im März, zur Vorbereitung auf die anstehende Festivalsaison, treffen sich Vertreterinnen und Vertreter von Polizei und der Veranstaltungsbranche aus ganz Deutschland, die für die Ausrichtung von nahezu 50 der größten Musik-Festivals verantwortlich sind, zur Arbeitstagung „Festivalkriminalität“. Neben dem fachbezogenen Austausch werden dort aktuelle Phänomene aus dem Bereich der Festivalkriminalität dargestellt.

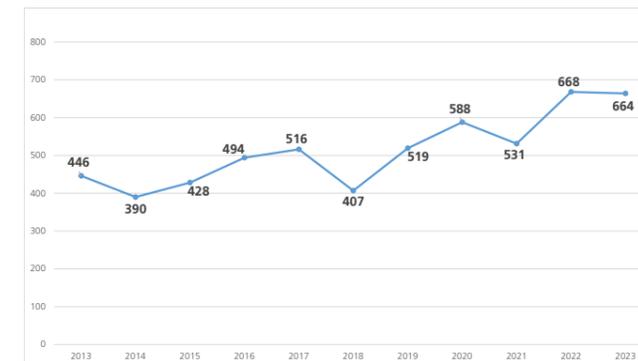
Zusammenfassend lässt sich besonders der friedliche und eventausgerichtete Charakter des Hurricane-Festivals hervorheben. Temporären Kriminalitätsphänomenen konnte durch die beschriebene Netzwerkarbeit größtenteils begegnet werden. Für mögliche Szenarien im Laufe der Veranstaltung wurden über die Jahre detaillierte Einsatzpläne erarbeitet und verfeinert.



GEWALT GEGEN POLIZEIVOLLZUGS-BEAMTINNEN UND -BEAMTE (PVB)

In der Polizeidirektion Lüneburg werden nahezu täglich Gewaltstraftaten zum Nachteil von Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamten bei der Ausübung Ihres Dienstes verzeichnet.

GEWALTDELIKTE GEGEN PVB – PD LÜNEBURG



Die detaillierte Erfassung eines internen Lagebildes „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ bildet die Grundlage, um Schwerpunkte frühzeitig zu erkennen und ggf. frühzeitig schützende Maßnahmen treffen zu können. Auch die Betreuung der im Dienst angegriffenen Polizeibeamtinnen und -beamte stellt einen Schwerpunkt dar.

Gesamtanzahl von Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten bleiben in etwa auf Vorjahresniveau

Im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg ist es im Jahr 2023 zu 291 Widerständen gegen Vollstreckungsbeamtinnen und -beamte gekommen. Im Vergleich zum Vorjahr 2022 stellt dies einen Rückgang von vier Fällen dar (-1,4%).

Die gesonderte Betrachtung der Körperverletzungsdelikte spiegelt eine leichte Steigerung dieser Delikte zum Nachteil von PVB wider. Im Vergleich zum Vorjahr (237 Taten) wurden im Jahr 2023 insgesamt 254 Körperverletzungsdelikte zum Nachteil von PVB erfasst. Das stellt eine Steigerung von etwa +7,2% dar. Als Körperverletzungsdelikt werden auch tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte gezählt. Dieses Delikt ist 2023 um 11,6% auf 251 Taten gestiegen.

Gewaltdelikte zum Nachteil von PVB ereigneten sich in den meisten Fällen bei Identitätsfeststellungen, Sachverhaltsklärungen, Fest- und Ingewahrsamnahmen oder Blutentnahmen.

Darüber hinaus wurden im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg sieben Nötigungen und 110 Bedrohungen zum Nachteil von PVB erfasst. Dies stellt für den Bereich der Nötigungen eine Reduzierung um 5 Fälle und im Bereich der Bedrohungen eine Abnahme von 11 Fällen (-9,1%) im Vergleich zum Vorjahr dar.

Betroffene Polizeibeamtinnen und -beamte

Im Laufe des Jahres 2023 wurden insgesamt 1.626 PVB der PD Lüneburg Opfer von Gewalt. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresniveau.

Als leicht verletzt wurden 268 Polizeibeamtinnen und -beamte erfasst. Dies stellt eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 2022 von etwa +16,5% dar. Statistisch besonders gefährdet sind PVB, die ihren Dienst im Einsatz- und Streifenendienst versehen. Hier waren 1.339 Opfer von Gewalt geworden. Schwerverletzte Polizeibeamtinnen und -beamte waren im Jahr 2023, so wie im Vorjahr, nicht zu beklagen.

Täterinnen und Täter

In der PD Lüneburg ist es insgesamt zu 664 Gewaltdelikten gegen PVB gekommen. Es konnten zu den Taten insgesamt 688 Tatverdächtige ermittelt werden. Es handelte sich dabei um 576 männliche und 112 weibliche Tatverdächtige.

Bei mehr als der Hälfte der Tatverdächtigen von Gewaltdelikten wurde ein Einfluss berauschender Mittel festgestellt. Überwiegend waren diese alkoholisiert (46,7%). Bei 5,38% wurde eine Beeinflussung von Alkohol und Betäubungsmitteln in Kombination und bei 3,63% nur durch Betäubungsmittel erfasst. Bei den übrigen Tatverdächtigen (44,3%) wurde keine Beeinflussung festgestellt.



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023 FÜR DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Bundesautobahnen sind die sichersten Straßen!

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2023 hat gezeigt, dass die Zahl der Verkehrsunfälle und somit auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden weiterhin ansteigend ist. Bei der Altersgruppe der 18-24 Jährigen ist ebenfalls eine leichte Steigerung der Verkehrsunfallzahlen zu verzeichnen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist im Vergleich zum Jahr 2022 um ca. 9,9 Prozent angestiegen.

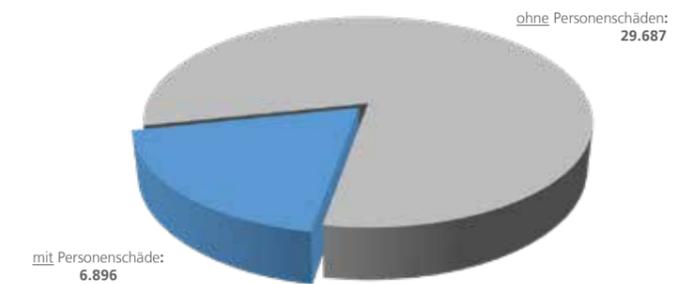
Statistisch wurden 2023 insgesamt 36.583 Unfälle erfasst, im Jahr 2022 waren es 33.292.

Langfristig betrachtet steigt die Zahl der Verkehrsunfälle und damit einhergehend auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere die Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der Fahrerinnen und Fahrer werden weiterhin in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit besonders berücksichtigt. Die Fachstrategie Verkehr nimmt sich auf Grundlage des Verkehrsunfalllagebilds den aktuellen sowie künftigen Umweltrends im Bereich der Mobilität an und geht hierbei flexibel auf veränderte Unfallursachen und Zielgruppen ein. So wird in 2024 der Fokus auf der Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden liegen.

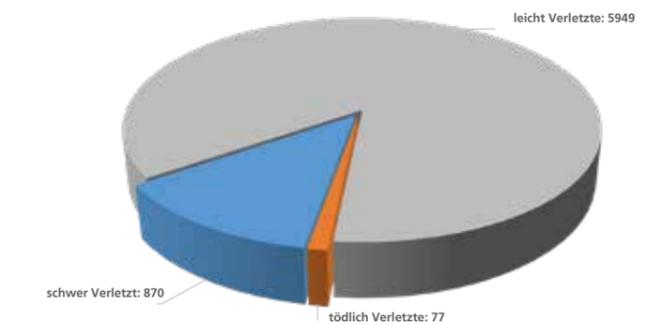
VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023

Verkehrsunfälle mit und ohne Personenschaden

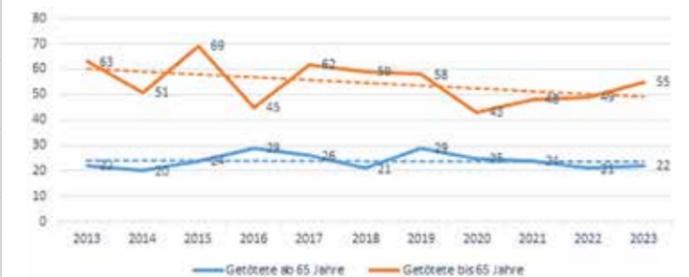
Gesamtzahl Verkehrsunfälle: 36.583



Verletzungsgrad bei Verkehrsunfällen



Verkehrsunfalltote



	2022	2023
Verkehrsunfalltote	71	77
Tote Fahrradfahrende	9	11*
Verkehrsunfälle	33.292	36.583
Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen	964	870
Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten	666	606
Verkehrsunfälle mit Elektrotretrollern	132	145
Fahrten unter Einfluss von Alkohol (ohne Verkehrsunfälle)	1.499	1.281
Fahrten unter Einfluss von Drogen oder Medikamente (ohne Verkehrsunfälle)	1.580	1.441
Verkehrsunfallfluchten	7.418	8.073
Aufklärungsquote Verkehrsunfallfluchten	43,90%	42,80%
Baumunfälle	732	773

*davon 8x ohne Fahrradhelm



VERKEHRSunFALLSTATISTIK 2023 FÜR DIE POLIZEIINSPEKTION ROTENBURG

Gesamtunfälle um zehn Prozent gestiegen – weniger schwere Unfälle

Im Landkreis Rotenburg ist die Anzahl der gesamten Verkehrsunfälle im vergangenen Jahr um etwas mehr als 10 Prozent gestiegen. 2023 registrierten die Beamten/innen 5.981 Unfälle – 2022 waren es 5.425.

Bei 119 Verkehrsunfällen mit schwerem Personenschaden (2022: 138) wurden 11 Menschen getötet (2022: 11) und 130 schwer verletzt (2021: 171). Damit verzeichnet die Polizei bei schweren Verkehrsunfällen einen erfreulichen Rückgang um knapp 24 Prozent. Die meisten dieser Unfälle ereigneten sich außerhalb geschlossener Ortschaft. Hauptunfallursache bei den schweren Verkehrsunfällen bleibt unangepasste Geschwindigkeit.

Wildunfälle

Wildunfälle spielen bei der Betrachtung des Unfallgeschehens im Landkreis Rotenburg (Wümme) immer noch eine hervorgehobene Rolle.

Im vergangenen Jahr kam es zu 2.190 Kollisionen mit Wildtieren. 2022 wurden 1.769 Zusammenstöße gemeldet, 2021 waren es 2.035.

Etwa jeder dritte Verkehrsunfall (36,6 Prozent) ereignete sich durch eine ungewollte Kollision mit einem Wildtier. Trotz vielfältiger Bestrebungen aller beteiligten Behörden die seit Jahren hohe Anzahl an Wildunfällen zu senken,

bleibt letztlich nur ein Ratschlag an alle Verkehrsteilnehmer/innen: In wildgefährdeten Bereichen – Fuß vom Gas, achtsam fahren und bremsbereit sein!

Unfallfluchten

Die Anzahl der Verkehrsunfallfluchten ist 2023 um etwa 8 Prozent gestiegen. In 1.021 Fällen (2022: 944) entfernte sich ein Unfallbeteiligter unerlaubt von der Unfallstelle. Gut die Hälfte der Unfallfluchten ereigneten sich auf Parkplätzen oder beim Vorbeifahren an geparkten Fahrzeugen. Die Aufklärungsquote lag bei etwas mehr als 40 Prozent. Trotz der Gefahr, dafür die Fahrerlaubnis zu verlieren, bleibt Unfallflucht scheinbar immer noch ein Kavaliersdelikt.

Den Vorstoß des 62. Deutschen Verkehrsgerichtstages 2024 in Goslar, den § 142 Strafgesetzbuch „Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort“ von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit „zurückstufen“, sieht die Niedersächsische Polizei in hohem Maße kritisch. Im 10-Jahres-Schnitt nehmen polizeilich registrierte Verkehrsunfallfluchten einen großen Anteil an der Gesamtzahl der festgestellten Verkehrsunfälle ein. In über der Hälfte dieser Fälle kann hier keine verursachende Person ermittelt werden und den Geschädigten fehlt demzufolge die Grundlage einer zivilrechtlichen Schadensregulierung.

„Es muss befürchtet werden“, so Verkehrsexperte Michael Holsten, „dass die Hemmschwelle bei unerlaubtem Entfernen vom Unfallort weiter sinken wird.“



Alkohol, Drogen und Medikamente

Fahrten unter Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss haben auch im vergangenen Jahr zu schweren Verkehrsunfällen geführt. In 71 Fällen war Alkohol- und 13-mal Drogen- oder Medikamentenkonsum die Ursache für einen dieser Unfälle. Dabei wurde ein Mensch getötet. 11 Personen erlitten schwere, 29 leichte Verletzungen.

Um diese Zahlen zu senken, führten Beamtinnen und Beamte der vier Einsatz- und Streifendienste (ESD) und der zehn Polizeistationen im Landkreis rund um die Uhr gezielte Verkehrskontrollen durch. 360 Fahrerinnen und Fahrer wurden 2023 unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss am Steuer oder Lenker eines Kraftfahrzeuges oder eines Fahrrades erwischt. In 205 Fällen hatten Fahrzeugführer/innen zuvor Alkohol getrunken.

Radfahrerunfälle

Bei 243 Radfahrerunfällen, an denen auch Fahrerinnen und Fahrer von Pedelecs beteiligt waren, sind 2023 zwei Menschen getötet, 18 schwer und 167 leicht verletzt worden (davon bei Pedelec-Beteiligung: 1/5/40). 2022 verzeichnete die Polizei 273 Radfahrerunfälle, 2021 waren es 178.

Es wird weiterhin empfohlen, Fahrradhelme zu tragen. Nach polizeilicher Einschätzung sind immer noch zu viele Radfahrer/innen „oben ohne“ unterwegs. Sie setzen sich damit einer deutlich höheren Gefahr schwerer Kopfverletzungen aus.

Hansalinie – A1

Auf der dreispurigen Hansalinie A1 musste die Autobahnpolizei Sittensen auf den rund 57 Autobahnkilometern zwischen den Anschlussstellen Posthausen und Rade im

vergangenen Jahr 649 Unfälle und damit genau 36 mehr als 2022 aufnehmen. Das entspricht einem leichten Anstieg von 5,8 Prozent. Dabei kamen 2 Menschen ums Leben. 32 erlitten schwere, 146 leichte Verletzungen.

In den letzten Jahren hat die Ablenkung im Straßenverkehr durch elektronische Medien, vor allem durch Smartphones, deutlich zugenommen. Die Dunkelziffer ist natürlich weit höher als die offiziell festgestellten Verstöße. Besonders besorgniserregend ist dies, da Ablenkung mittlerweile zu den Hauptunfallursachen gehört.

Um diesem Trend proaktiv entgegenzuwirken führt die Polizeiinspektion Rotenburg mehrfach im Jahr im gesamten Landkreis entsprechende Schwerpunktkontrollen zum Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“ durch. Im Zuge der letzten Kontrollaktion im Februar 2024 wurden insgesamt 110 Verstöße festgestellt und geahndet.

In Kooperation mit dem Landkreis wurden seinerzeit HD Action Cameras beschafft, um Ablenkung im Straßenverkehr, besonders im Führerhaus von Schwerlastzügen, beweissicher begegnen zu können. Gerade auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens im Bereich der Bundesautobahnen sowie der Gefahren und schweren Unfallfolgen bei Fällen eines ungebremsten Auffahrens auf ein Stauende, wird somit auch die Ablenkung im Führerhaus verstärkt in den Fokus genommen.

Ein Blick auf das Smartphone von nur einer Sekunde bei nur 50 km/h führt zu einem „Blindflug“ von fast 14 Metern für den Fahrer oder die Fahrerin. Mit Reaktionszeit und Bremsweg benötigt ein PKW mehr als 50 Meter, um zum Stillstand zu kommen.

„Keine Message auf dem Smartphone ist so dringend, dass man die Gefahren eines schweren Verkehrsunfalls und die möglichen Folgen für sich und andere leichtfertig ignorieren sollte“, mahnt die Leiterin Einsatz, Polizeirätin Ann-Kathrin Behr.



Verkehrsunfallstatistik 2023



REGIONALE KONTROLLGRUPPE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Schwerpunktkontrollen und Neustrukturierung

Die Regionale Kontrollgruppe (RKG), eine spezialisierte Gruppe der Polizei, ist seit Jahren ein wichtiger Bestandteil der Überwachung des Straßenverkehrs, insbesondere auf Bundesautobahnen. Ihr Fokus liegt dabei vor allem auf dem gewerblichen Güter- und Personenverkehr. Dieser Bereich erfordert ein hohes Maß an Fachwissen, da er verschiedene Bereiche wie Gefahrgut- und Abfalltransporte, Großraum- und Schwerlasttransporte sowie die Einhaltung von Vorschriften des Personalrechts umfasst, einschließlich Lenk- und Ruhezeiten, Ladungssicherung und Tiertransporte.

Dieses Fachwissen wird kontinuierlich durch polizeiliche Schulungen und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf Bundesebene vertieft. Die RKG beteiligt sich auch an länderübergreifenden Kontrollen, um ihr Wissen praktisch anzuwenden und zu teilen. Zum Beispiel unterstützen sich die RKG und die Wasserschutzpolizei Hamburg gegenseitig bei Großkontrollen von Gefahrgut- und Abfalltransporten und tauschen dabei ihre Erfahrungen aus.

Die Kontrollen der RKG waren auch im Jahr 2022 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Die geplanten Kontrollen konnten nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. In den Jahren 2022 und 2023 lag ein besonderer Schwerpunkt auf dem gewerblichen Güterverkehr, insbesondere der Überprüfung von Gefahrguttransporten. Die Gesamtbeanstandungsquote lag dabei bei über 73%. Diese Quote wurde auch bei der „Auftaktkontrolle“ im Februar 2024 bestätigt.

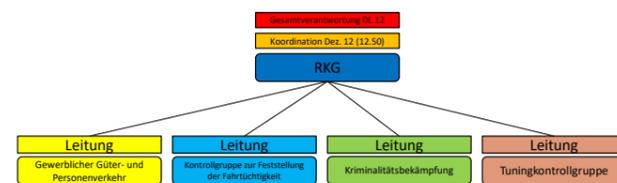
Es steht fest: Die Kontrollen im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs bleiben unerlässlich und

werden auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit der RKG darstellen.

Die Überwachung der Fahrtüchtigkeit der Fahrzeugführer sowie die Kontrolle von getunten Motorrädern und PKWs gewinnen zunehmend an Bedeutung, neben der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs. Diese Aufgaben erfordern ein hohes Maß an Aufmerksamkeit seitens der Polizei und spezialisiertes Fachwissen. Bislang wurden diese Bereiche von speziellen Kontrolltrupps für Krafträder und Drogenüberwachung durchgeführt, die Teil der RKG sind.



Gep plante Neustrukturierung in der PD Lüneburg



Mit Einführung der Fachstrategie Verkehr (FSV) im Jahr 2021 baut die Polizei in Niedersachsen ihre Möglichkeiten der Verkehrsüberwachung und der Verkehrssicherheitsarbeit weiter aus. Sie orientiert sich dabei an ihren Erfahrungen und den neuesten Entwicklungen unter dem Aspekt, den festzustellenden „Trends“ konzeptionell und proaktiv entgegen zu treten. Die Polizeidirektion Lüneburg hat im Zuge ihrer strategischen Ausrichtung die RKG einer Organisationsüberprüfung unterzogen und im Herbst 2023 eine Neustrukturierung avisiert. Daran anknüpfend wurde gemeinsam mit den Inspektionen unter Berücksichtigung bereits bestehender Konzeptionen und weiterer Handlungsempfehlungen aus der FSV eine RKG-Neukonzeption entwickelt. Es ist geplant, diese Konzeption im Sommer 2024 umzusetzen

Die RKG der Polizeidirektion Lüneburg soll damit zukunftsorientiert aufgestellt und auf die weitere Entwicklung sowie zur Bekämpfung der angeführten Kriminalitätsphänomene insbesondere im Bereich der Bundesautobahnen vorbereitet sein.

Die Mitglieder der RKG arbeiten in den Teileinheiten und Themenbereichen freiwillig und neigungsorientiert. Sie kommen aus allen sechs Inspektionsbereichen. Das bedeutet, dass die Mitarbeitenden die in der RKG gesammelten Erfahrungen und das dort vorhandene Fachwissen auch in die tägliche Arbeit in ihrer Heimatdienststelle einfließen lassen können. Ein Synergieeffekt, der sich auch außerhalb der Bundesautobahnen, also direkt vor Ort in den Polizeiinspektionen, auszahlt und zum allgemeinen Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung positiv beiträgt.

Gemäß der Neukonzeption setzt sich die RKG dann aus vier Teileinheiten zusammen.

1. Gewerblicher Güter-/ Personenverkehr (GGPV)
2. Kontrollgruppe zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit (KFF)
3. Tuningkontrollgruppe (TKG)
4. Kriminalitätsbekämpfung (KB)

Die Teileinheit „Kriminalitätsbekämpfung“ ist für die Themenbereiche

- Schleusung/ Menschenhandel/ Ausländer- u. Asylrecht
- Betäubungsmittel- u. Schmuggeldelikte
- Eigentumsdelikte reisender Tätergruppen
- Kfz-Sachwerterlangungsdelikte
- CARGO (Ladungsdiebstähle)
- Urkunden- und Fälschungsdelikte

verantwortlich.



Sachgebiet Verkehr der Polizeidirektion Lüneburg
v.l. Andreas Faltin, Tobias Kärsten, Gerald Frank Pape

AKTIONSTAG ZUM 200. FERNFAHRERSTAMMTISCH

Tolle Attraktionen an der Rastanlage Ostetal-Süd

Trotz des unbeständigen Wetters haben viele Gäste am Samstag den Aktionstag anlässlich des 200. Fernfahrerstammtisch auf dem Gelände der Autobahnrastanlage Ostetal-Süd besucht. Pünktlich um 12 Uhr eröffneten Organisatorin Andrea Möller von der Autobahnpolizei Winsen und Knut Nagel, Chef des Einsatzbereichs in Rotenburg die Veranstaltung.

Tolle Attraktionen und viele Informationen rund um das Thema Schwerlastverkehr und Verkehrssicherheit warteten auf die Gäste. In einem Überschlagsimulator für Lkw konnten Mutige ihre „Seetüchtigkeit“ testen. Gleich nebenan

veranschaulichte ein Gurtschlitten die Kräfte bei einem Auffahrunfall. Die Polizei Harburg präsentierte hochprofessionelle Drohnentechnik. Für viele Berufskraftfahrerinnen und -kraftfahrer bot der Aktionstag wieder eine schöne Plattform, um sich zu treffen und auszutauschen.

Kurz nach 17 Uhr startete der 200. Fernfahrerstammtisch in einem der Aktionszelte. Polizeipräsident Thomas Ring fand passende Worte und dankte dem Team der Organisatoren rund um Andrea Möller. Die engagierte Kollegin blickte auf über 20 Jahre Fernfahrerstammtisch zurück und durfte sich über viele warme Worte der Teilnehmenden freuen.

„Ich bin stolz auf das hohe Maß an Fachwissen und das gemeinsame Engagement der am Samstag vertretenen Organisationen und auf das unserer Kolleginnen und Kollegen. Ihnen allen ist es zu verdanken, dass ein solches Jubiläum gefeiert werden konnte. Projekte wie der Fernfahrerstammtisch tragen entscheidend zur Erreichung strategischer Ziele unserer Organisation in puncto Verkehrssicherheit und Bürgernähe bei“, resümierte ein mehr als zufriedener Präsident.

Nachfolgend einige Eindrücke von der wunderbar organisierten Veranstaltung.



200. Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg

wir möchten mit euch feiern!

200

Samstag, 12.08.2023, ab 12 Uhr | A1, FR Hamburg, Ostetal Süd

- > Verkehrssicherheitstag mit Lkw-Überschlagsimulator
- > Oldtimer vs. neueste Lkw-Sicherheitstechnik
- > Vorstellung Polizeitechnik
- > Infostände rund um Themen aus der Transportbranche
- > ab 17 Uhr Fernfahrerstammtisch * 20 Jahre Stammtisch an der A1*

und noch vieles mehr ...

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG | Doc Step

CANNABIS AM STEUER

Niedersachsen verzeichnet für das Jahr 2023 bei der Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme. Dies betrifft auch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Hauptursachen für Unfälle sind vor allem nicht angepasste Geschwindigkeit und die Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit durch Drogen oder Alkohol. Mit der Legalisierung von Cannabis ergeben sich zusätzliche Risiken, die eine verstärkte Aufmerksamkeit seitens der Polizei erfordern. Die Polizei setzt auf präventive Maßnahmen und verstärkte Verkehrsüberwachung, um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten.

Im Jahr 2024 liegen die landesweiten Schwerpunktthemen der Polizei Niedersachsen im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit auf Geschwindigkeit und Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr. Durch gezielte Kontrollen und Präventionsmaßnahmen werden diese Problemfelder angegangen. Ein Workshop der Polizeidirektion mit den Themenverantwortlichen aller Polizeiinspektionen soll eine gemeinsame Strategie entwickeln, um den Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Die Polizeidirektion Lüneburg ergreift verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer bestmöglich zu gewährleisten.

Das landesweite Fortbildungskonzept zur „Feststellung und Steigerung der Verkehrstüchtigkeit im öffentlichen Raum“ wird konsequent in der gesamten Direktion angewendet. Hierbei erhalten die Polizistinnen und Polizisten in Semina-

ren und angeleiteten Qualifizierungskontrollen umfassendes Wissen, um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit durch Alkohol oder Drogen beeinträchtigten Fahrern zu erkennen und zu verfolgen. Dies erhöht im Allgemeinen das Entdeckungsrisiko für Personen, die unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln fahren.

Des Weiteren plant die Polizeidirektion Lüneburg die Einrichtung einer Kontrollgruppe zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit (KFF).

Die Grundstruktur existiert bereits seit Jahren unter dem Namen „Drogenkontrolltrupp“. Die KFF wird künftig mit mehr qualifiziertem Personal ausgestattet, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Legalisierung von Cannabis gerecht zu werden. Sie wird directionsweit eingesetzt, insbesondere bei Veranstaltungen mit einem erhöhten Risiko von Trunkenheitsfahrten, wie dem jährlichen „Hurricane“-Festival in Scheeßel. Durch umfangreiche Kontrollmaßnahmen ermöglicht die KFF den Festivalbesucherinnen und -besuchern eine sichere An- und Abreise und identifiziert effektiv Verkehrssünder.

Während solcher Großkontrollen haben die beteiligten Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen, was zu einer weiteren Professionalisierung im polizeilichen Alltag beiträgt. Durch diese und weitere Maßnahmen trägt die Polizeidirektion Lüneburg dazu bei, dass unsere Straßen auch nach der Legalisierung von Cannabis so sicher wie möglich bleiben.



NIMES

Die Messenger-App der Polizei Niedersachsen



Aus der privaten Kommunikation sind Messenger-Apps wie bspw. WhatsApp inzwischen nicht mehr wegzudenken. Die Möglichkeit andere Menschen schnell und unkompliziert über das Internet Nachrichten, Fotos und Videos oder Audio-dateien auf ihre Smartphones zu senden, hat sich zu einer festen Säule der alltäglichen Kommunikation entwickelt. Die Vorteile dieses Kommunikationsweges liegen auf der Hand. Das Smartphone als täglicher Begleiter gewährleistet eine ständige Erreichbarkeit eines jeden, unabhängig von dessen Aufenthaltsort.

So hat sich diese Form der Kommunikation auch in der Arbeitswelt etabliert, auch in der Polizei. Jedoch kommen für die polizeiliche Kommunikation die gängigen Anwendungen wie WhatsApp, Signal oder Telegramm nicht in Frage. Zu sensibel sind die Informationen, die im dienstlichen Kontext über die Messenger ausgetauscht werden sollen, zu groß das Risiko, dass diese Informationen abgefangen werden und so in die falschen Hände gelangen. Um aber dennoch die offensichtlichen Vorteile der Kommunikation mittels Messenger-Apps für die Polizei nutzbar zu machen, wurde durch die Polizei Niedersachsen in Zusammenarbeit mit einer Firma für Softwareentwicklungen der polizeieigene „Niedersachsen-Messenger“, abgekürzt NIMes, entwickelt.

Was kann NIMes?

Der Funktionsumfang von NIMes umfasst dabei alle Funktionen, die man aus den bekannten Messenger-Apps kennt.

- Textnachrichten
- Medien (Audio, Video, Foto)
- Gruppenchats
- Umfragen und Abstimmungen
- Audio- und Videotelefonie

Ein Austausch von Telefonnummern ist für die Nutzung von NIMes nicht erforderlich. Das Programm greift auf die landesweite Nutzerdatenbank der Polizei zurück. So ist das Kommunizieren vom Harz bis an die Nordsee und der Elbe bis zur niederländischen Grenze unkompliziert möglich. Neben der App-Version für Smartphones gibt es NIMes auch

in einer Desktop-Version. So kann das Programm sowohl am festen Arbeitsplatz im Büro, als auch unterwegs genutzt werden.

Wie funktioniert NIMes?

NIMes kann über die App-Stores auf die privaten Smartphones der Mitarbeitenden heruntergeladen werden. Durch diesen sogenannten „Bring-Your-Own-Device-Ansatz“ ist die Verfügbarkeit des Programms nicht ausschließlich auf die dienstlichen Smartphones, beschränkt, sondern steht allen Mitarbeitenden auf den privaten Smartphones zur Verfügung.

Die Nutzung von NIMes ist ausdrücklich freiwillig und keine Verpflichtung. In der App gibt es die Möglichkeit den eigenen Status auf „abwesend“ zu setzen. In diesem Fall erhält der Nutzer keinerlei Benachrichtigungen aus der App, womit den Arbeitsschutzbestimmungen Rechnung getragen wird. Eine verpflichtende dauerhafte Erreichbarkeit der Nutzerinnen und Nutzer in ihrer Freizeit ist somit also nicht gegeben.

Welchen Mehrwert bietet NIMes im polizeilichen Alltag?

NIMes bietet die Möglichkeit, Einsatzkräften direkt und vor Ort allerhand Informationen zukommen zu lassen. So können beispielsweise im Rahmen von Fahndungen erste Bilder aus Überwachungskameras oder Fahndungsfotos an die eingesetzten Streifenwagen verschickt werden.

Im Rahmen von größeren Einsatzlagen ergibt sich so auch die Möglichkeit alle eingesetzten Kräfte über die aktuelle Lage zu informieren und so andere Kommunikationskanäle wie bspw. den Funk oder das Telefon zu entlasten und über die Dateiablagen wichtige Unterlagen wie Einsatzkonzeptionen, Karten und Kommunikationspläne zur Verfügung zu stellen.

Das Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst also ihr privates Smartphone dabei haben und benutzen hat einen dienstlichen Hintergrund. Wundern Sie sich also nicht, wenn sie Kolleginnen und Kollegen im Einsatz mit ihrem Smartphone sehen.



E-AKTE IN DER POLIZEI Mehr als nur eine Software

Der Niedersächsische Landtag verabschiedete am 23. Oktober 2019 das Niedersächsische Digitalisierungs- und Informationssicherheitsgesetz (NDIG). Im § 10 (2) NDIG heißt es:

„Jede Behörde des Landes soll neu anzulegende Akten ab dem 1. Januar 2026 elektronisch führen. [...]“.

Aufgrund dieser rechtlichen Vorgaben beschäftigen sich nun auch die Polizeidirektionen in Niedersachsen mit der Einführung der elektronischen Akte (eAkte), damit Verwaltungsakten in Zukunft digital abgelegt und bearbeitet werden können. Hiervon noch nicht betroffen sind Straf- und Kriminalakten, die Digitalisierung dieser Akten wird in einem gesonderten Projekt bearbeitet.

Doch wer ist in der Polizei Niedersachsen überhaupt von der Einführung der eAkte betroffen? Betroffen sind all die Polizeibeschäftigten, die mit Verwaltungsakten arbeiten - also beispielsweise die Mitarbeitenden in einem Geschäftszimmer oder Stabsangehörige sowie bestimmte Führungsfunktionen und Interessenvertretungen. Geschäftsgänge wie Kennntnahmen, Zeichnungen, Weiterleitungen erfolgen digital in der eAkte und lösen die klassische Umlaufmappe ab.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg startete als Pilotbehörde ihr Einführungsprojekt im Oktober 2021. Technische Probleme bei der Anbindung der eAkte an den PolizeiClient führten zunächst zu erheblichen Verzögerungen im Projekt. In Zusammenarbeit zwischen dem IT.Niedersachsen und der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) wurden diese Probleme inzwischen erfolgreich behoben. Nach Abschluss der Schulungsphase, in welcher die Mitarbeitenden auch die Möglichkeit zur Teilnahme an verschiedenen Workshops zur Vertiefung des erlernten Wissens bekommen haben, befindet sich die PD Lüneburg seit dem 01.01.2024 in der aktiven Nutzung der eAkte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es sich bei der Einführung der eAkte nicht nur um die Einführung einer neuen Software handelt, sondern die Einführung der eAkte Auswirkungen auf ganze Arbeitsprozesse und Arbeitsabläufe innerhalb der Polizei hat. Ein solch großer Veränderungsprozess wird auf der einen Seite natürlich von Unsicherhei-



ten hinsichtlich der Nutzung der neuen Software und den geänderten Abläufen begleitet. Auf der anderen Seite bietet er aber die Chance, Arbeitsabläufe zu überdenken und diese durch die Abarbeitung in der eAkte deutlich zu beschleunigen und effektiver zu gestalten. Zurzeit befindet sich die PD Lüneburg in diesem Veränderungsprozess noch ganz am Anfang und sammelt nahezu täglich neue Erfahrungen im Umgang mit der eAkte und den damit verbundenen Anpassungen.

Das Niedersächsische Innenministerium (MI) hingegen startete seine Erprobungsphase bereits im März 2021 und ist in diesem Prozess schon deutlich weiter fortgeschritten. Seit dem 10. Mai 2022 ist die Nutzung der eAkte im MI sogar verpflichtend. Sowohl in der Erprobungsphase als auch jetzt sind die Rückmeldungen zur eAkte grundsätzlich positiv. Es zeigt sich:

Die Arbeit mit der eAkte kann Prozesse beschleunigen und sorgt unter anderem für ein medienbruchfreies Arbeiten.

EINSATZUNTERSTÜTZUNG AUS DER LUFT: Polizeiinspektion Harburg und Polizeikommissariat Uelzen Drohnen-Standorte für Nord-Ost-Niedersachsen

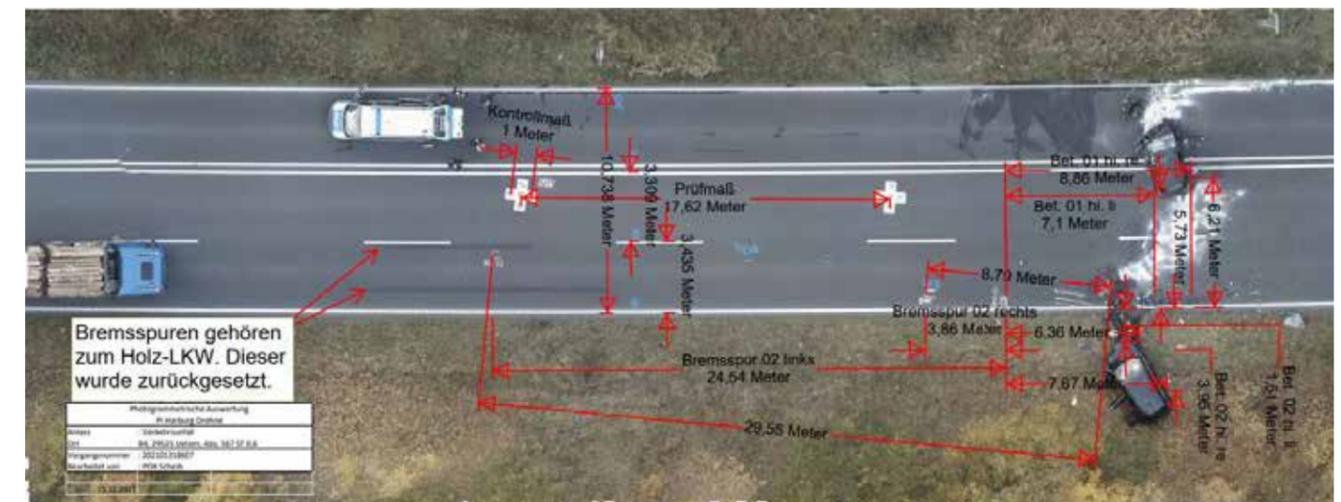
Mit der strategischen Neuausrichtung im Bereich der Drohneinsätze bei der Polizei Niedersachsen ist neben der Polizeiinspektion Harburg in Buchholz i.d.N. nun auch das Polizeikommissariat Uelzen seit Ende 2023 „Drohnen-Standort“ für Nord-Ost-Niedersachsen sowie für Teile der Landkreise Celle und Gifhorn und verfügt über insgesamt vier ausgebildete „Drohnenpiloten“ (Luftfahrzeugfernführer – LFFF).

Das Einsatzspektrum der Drohnen erstreckt sich von der Erstellung von Luftbildaufnahmen im Vorfeld größerer Einsatzlagen zu Planungs- und Koordinierungszwecken, über die Koordination von Maßnahmen während größerer Einsätze, zur Unterstützung der Kriminalitätsverfolgung bei der Beweissicherung und Dokumentation (beispielsweise bei Brandtatorten), zur Unterstützung von Einsatzlagen im Rahmen der Gefahrenabwehr (beispielsweise bei der Suche nach Vermissten oder im Rahmen einer Evakuierung) bis hin zur Dokumentation sowie Vermessung von Verkehrsunfallorten.

Bei den durch das Land beschafften Drohnen handelt es sich um die „Mavic 3 Enterprise Thermal“ vom Hersteller „DJI“. Mit einem Gewicht von 920 Gramm, einer Flugzeit von bis zu 45 Minuten bei optimalen Bedingungen und einer Weitwinkel-Wärmebild und Zoom-Kamera, stellt sie eine weitere sinnvolle Ergänzung der polizeilichen Einsatzmittel der Polizei Niedersachsen dar.

Um eine polizeiliche Drohne fliegen zu dürfen, bedarf es für die Pilotinnen und Piloten einer umfangreichen Ausbildung, die gegenwärtig sukzessive durchgeführt wird. Zu den Ausbildungsschwerpunkten gehören unter anderem das Luftrecht, Meteorologie, Aerodynamik und die Risikominimierung.

Die Polizei Niedersachsen hat im vergangenen Jahr eine Neuausrichtung im Hinblick auf den flächendeckenden Einsatz polizeilicher Drohnen vorgenommen. Bislang wurden diese ausschließlich in der ZPD, in der PI Harburg sowie in der PI Wilhelmshaven (Polizeidirektion Oldenburg) eingesetzt. Weitere Drohnen-Standorte sind aktuell Braunschweig, Goslar, Göttingen, Hameln, Northeim, Cuxhaven, Delmenhorst, Verden, Aurich und Osnabrück.





Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Lüneburg
Polizeipräsident Thomas Ring
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 / 8306-0
www.pd-lg.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination: Dezernat 01

Layout: Pressestelle der Polizeidirektion Lüneburg

Bildnachweis: Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheberinnen/Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Nachgeordnete Polizeiinspektionen
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)
- Polizei-Beratung (www.polizei-beratung.de)
- Pixabay (www.pixabay.com)

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck: Print Point Lüneburg



